

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
E. Schellberg'sche Hofbuchdruckerei, "Tagblatt-Haus".
Verlagszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Fernsprecher-Zammelnr. 49631.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Für eine Bezugszeit von 2 Wochen 80 M.-Pfg., für einen Monat 1.70, aus-
schließlich Zustellungsgebühr. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabe-
stellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder
Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Erstliche Anzeigen 20 M.-Pfg., auswärtige Anzeigen 30 M.-Pfg., dritte Anzeigen
10 M.-Pfg., auswärtige Anzeigen 15 M.-Pfg. für die einmalige Kolonelle oder deren Raum.
— Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr
übernommen. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme 10 Uhr vormittags. Spätere Anzeigen müssen
spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rastatts.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 2100.

Nr. 178.

Samstag, 2. Juli 1932.

80. Jahrgang.

Ein Plan der Gläubigermächte.

Die Schlusszahlung Deutschlands. — Werden die deutschen Voraussetzungen erfüllt?
Die Friedensfundgebung.

Vor folgenschweren Entscheidungen.

as. Berlin, 2. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner
Abteilung.) In Lausanne scheint man jetzt unmitte-
bar vor der Entscheidung zu stehen. Der
heutige Samstag dürfte wohl der wichtigste Tag der
Konferenz werden. Die Gläubiger Deutschlands haben
sich nämlich im wesentlichen auf einen Plan geeinigt, der
nunmehr Deutschland vorgelegt wird. Offiziell ist dieser
Plan noch nicht bekannt. Es sind auch offenbar noch
nicht alle Einzelheiten endgültig festgelegt, sondern das
soll erst heute nach Rückkehr des französischen Minister-
präsidenten und des englischen Finanzministers nach Lau-
sanne geschehen.

Der Plan ist jedoch in großen Umrissen bereits klar
erkennbar. Er hält grundsätzlich an einer Schluss-
zahlung Deutschlands fest und ferner an der Ver-
bindung dieser Schlusszahlung mit den Kriegs-
schuldenszahlungen der anderen Mächte in Amerika.

Das geschieht dadurch, daß für Deutschland eine
Höchstsumme festgesetzt wird, die nicht überschritten
werden darf und andererseits nicht voll ausgeschöpft
wird, wenn sich die Kriegsschuldenverhandlungen mit
Amerika günstig entwickeln. Der Betrag, um den es
sich bei dieser deutschen Restsumme handelt, scheint
zwischen 4 und 6 Milliarden zu liegen. Diesen Betrag
soll Deutschland bei der internationalen Bank in Basel
in Reichsbahnbonds hinterlegen, die nach etwa 5 Jahren
verzinst und getilgt werden sollen. Außerdem soll
dadurch eine Sicherheit geschaffen werden, daß diese
Eisenbahnbonds nur unter der Voraussetzung in den
Handel gebracht werden, daß die Young-Anleihe und
Dawes-Anleihe einen bestimmten Kurs erreichen.

Die Verquickung mit den Schuldenszahlungen an
Amerika wird vermutlich so konstruiert, daß die
Alliierten sich verpflichten, Amerika mit allen
Mitteln zu veranlassen, auf die Schuldenszahlungen
zu verzichten.

Stimmt Amerika nicht zu, dann werden — immer unter
der Voraussetzung, daß die Reichsbahnbonds fällig
werden können — drei Viertel dieser Bonds an die ver-
einigten Staaten als Ausgleich für die Schuldensforderung
gegeben. Ein Viertel geht an die allgemeine europäische
Aufbaukasse als Zahlung Deutschlands, womit die Tri-
bunverpflichtungen dann abgeschlossen werden sollen.
Verzichten die Vereinigten Staaten auf die Schuldens-
zahlung, so erhält Deutschland drei Viertel der Reichs-
bahnbonds zurück. Dieser Vorschlag soll heute vormittag
der deutschen Delegation unterbreitet werden. Wie sich
die deutsche Delegation entscheidet, ist nicht vorher zu

sagen. Die Anschauungen scheinen auch in Lausanne
auseinander zu gehen. Wenigstens muß man diesen
Schluß aus den Berichten verschiedener Berliner Blätter
ziehen. Das „Berliner Tagblatt“ läßt sich beispiels-
weise aus Lausanne berichten, daß in der augenblicklichen
Form der Plan für Deutschland nicht tragbar sei. Der
Lausanner Korrespondent der „Deutschen Allgemeinen
Zeitung“ vertritt dagegen den Standpunkt, daß auf
dieser Grundlage Verhandlungen möglich seien. Ver-
handlungen seien nunmehr die unabwendbare Pflicht der
deutschen Abordnung. Zur Vertagung bleibe immer
noch Zeit genug. Weiter nach rechts hinüber ist eine
schärfere Ablehnung zu finden. So weist der „Lokal-
Anzeiger“ darauf hin, daß nach diesem Plan der Gläu-
bigermächte die Beilegung der Deutschland benachteiligen-
den Bestimmungen des Versailler Diktates nicht, wie
es der deutsche Vorschlag wollte, die Voraussetzung,
sondern die Folge deutscher Zahlungen an die gemein-
same Kasse sein würde.

Bei Inkrafttreten eines derartigen Planes würden
die deutschen Zahlungen unter Einbeziehung der
übrigen Belastungen durch Dawes- und Young-
Anleihe usw. immer noch 592 Millionen jährlich
betragen.

Weiter glaubt der „Lokal-Anzeiger“, die deutsche Dele-
gation werde sich heute noch nicht endgültig entscheiden,
da in den telefonischen Unterhaltungen mit Berlin
bereits der Gedanke einer Sitzung des gesamten
Reichskabinetts am Sonntagvormittag
in Freiburg in Breisgau aufgetaucht sei.

Nun haben auch gestern noch politische Fragen eine
Rolle in der Unterredung Macdonalds mit Reichs-
kanzler von Papen gespielt. Macdonald will nach
wie vor die Lausanner Konferenz mit einer politischen
Erklärung abschließen.

Es handelt sich um eine allgemeine Befundung des
Friedenswillens der in Lausanne versammelten
Staaten.

wobei Macdonald seinen Plan in den Vordergrund
stellt, daß die Staatsmänner der europäischen Groß-
mächte in ständiger Fühlung miteinander bleiben und
einen Gedankenaustausch über alle wichtigen Fragen
führen sollen. Deutschland ist bereit, an einer solchen
allgemeinen Friedensfundgebung im Sinne des Kriegs-
schlichtungspaktes, ähnlich wie es am Schluß der Be-
ratungen des Europaausschusses in Genf geschehen ist,
teilzunehmen. Aber Deutschland wird keinerlei Bin-
dungen eingehen. Jedenfalls hat es den Anschein, daß
Lausanne heute vor folgenschweren Entscheidungen steht.

Das Reichsgericht für Verbot des „Vorwärts“.

Ein Beschluß des vierten Straßensatzes.

Leipzig, 1. Juli. Wie der Reichsgerichtsdienst des WTB.
erfährt, hat der vierte Straßensatz des Reichsgerichts
in seiner heutigen Sitzung die Sache des Verbot des
„Vorwärts“ für zulässig erklärt. Der Senat ist der
Auffassung, daß die in Frage kommenden Artikel geeignet
sind, den Reichspräsidenten und die Reichsregierung ver-
ächtlich zu machen, zudem aber auch lebenswichtige innen-
und außenpolitische Interessen zu gefährden. Der Senat
hält, zumal in der jetzigen Zeit, den wirksamen Schutz dieser
Interessen für unbedingt erforderlich.

Über das Verbot der „Kölnischen Volkszeitung“ soll in
einer am Samstag um 12 Uhr beginnenden Beschluß-
Sitzung entschieden werden.

Nachdem der zuständige Senat des Reichsgerichtes das
Verbot des „Vorwärts“ für zulässig erklärt hat, wartet
die preussische Staatsregierung zunächst den offiziellen
Bescheid ab, der wahrscheinlich morgen eintreffen wird.
Da es sich um eine richterliche Entscheidung handelt, ist es
wie wir aus preussischen Kreisen hören, selbstverständlich, daß
das Verbot durchgeführt wird. Der preussische
Innenminister wird nach Eingang der offiziellen Mitteilung
den Polizeipräsidenten von Berlin anweisen, das Verbot zu
erlassen.

Burgfrieden an der Berliner Universität.

Schriftliche Erklärungen der studentischen Vertretungen.

Berlin, 1. Juli. Dem Rektor der Universität liegen die
schriftlichen Erklärungen der studentischen Vertreter aller
politischen Richtungen vor, daß die einzelnen Gruppen ge-
willt sind, den Burgfrieden in der Universität zu halten,
damit der geregelte Lehrbetrieb aufrechterhalten werden
kann und daß sie die feste Absicht haben, sich aller Provo-
kationen zu enthalten.

Legenden um die Regierungsbildung.

Ein angebliches Rundschreiben von Mitgliedern
des Herrenklubs.

Berlin, 1. Juli. In einem Teil der Presse wird in
großer Aufmachung ein angebliches Rundschreiben von Mit-
gliedern des Herrenklubs veröffentlicht, in dem Einzelheiten
über die Vorgeschichte und die Bildung der Regierung
Papen und die Einwirkung der Nationalsozialisten auf
diese Regierungsbildung geschildert werden. Von amtlicher
Seite werden die in diesem Rundschreiben dargestellten
Vorgänge als Legende bezeichnet. Ebenso unzutreffend
sind die Behauptungen über die angeblichen Vorgänge bei
der Bildung des Kabinetts Brüning.

Reise des Reichspräsidenten nach Neudorf.

Weiterführung der Amtsgeschäfte.

Berlin, 1. Juli. Reichspräsident v. Hindenburg
wird im Laufe der nächsten Woche nach Neudorf reisen. Wie
von zuständiger Stelle betont wird, handelt es sich nicht
um eine Urlaubsreise des Reichspräsidenten. Der
Reichspräsident wird im Gegenteil seine Amtsgeschäfte von
Neudorf aus unverändert weiterführen und durch ständige
Kuriere über familiäre Vorgänge auf dem laufenden gehalten
werden.

Roosevelt gegen Hoover.

Im vierten Wahlgang als demokratischer Präsidentschafts-
kandidat bestimmt.

Chicago, 2. Juli. (Kabeldienst.) Franklin D. Roose-
velt wurde vom demokratischen Parteikonvent zum demo-
kratischen Präsidentschaftskandidaten ernannt. Nach drei
vorausgegangenen vergeblichen Wahlen erhielt Roosevelt
im vierten und letzten Wahlgang von 1148 Stimmen 945
Stimmen.

Blick in die Welt.

Konferenzen, Konferenzen!

Die Staatsmänner und Wirtschaftler reisen von einer
Konferenz zur anderen. Man tagt bald hier, bald da,
man setzt Ausschüsse ein, die ihrerseits wieder Unteraus-
schüsse gebären, aber die Räte der Welt werden nicht
gelindert, die Klagen der 25 Millionen Arbeitslosen der
Welt verstummen nicht und die Büros der großen Han-
delshäuser beleben sich ebenso wenig wie die Fabrik-
hallen. Vielleicht hätte sich das Bild mit einem Schlag
geändert, wenn die Staatsmänner in Lausanne den Mut
zu einer frischen Tat gehabt hätten, zu einer Tat, die
geeignet gewesen wäre, das Vertrauen in der Welt
wieder herzustellen. Statt dessen erleben wir in Lau-
sanne den üblichen Konferenzhandel, das Hin und Her,
das wir von den vielen, allzu vielen Konferenzen nur
allzu gut kennen. Den Verhandlungen zu zweien folgt
der Vermittlungsversuch, ihm folgen die Verhandlungen
zu dreien, dann der übliche Ausweg der Kommissionen
und am Schluß wird endlich eine Formel stehen, die der
Welt kaum vorwärts helfen dürfte.

Das letzte Sandkorn verrinnt.

Dabei können die Staatsmänner nicht sagen, daß sie
nicht immer wieder von allen Seiten auf die steigende
Not in der Welt hingewiesen worden wären. In einem
Bericht der britischen Mitglieder der Internationalen
Handelskammer heißt es beispielsweise, daß die Wirt-
schafts- und Finanzkrise anhält, ja immer heftiger wird.
„Das letzte Sandkorn verrinnt. Nur mutiges Handeln
kann helfen.“ So hat denn auch die Internationale
Handelskammer an die Staatsmänner in Lausanne den
Appell gerichtet, entschlossen und mutig einen Plan für
die Rettung aus der Finanz- und Wirtschaftskrise aufzu-
stellen. Aber auch dieser Appell wird ohne Erfolg
bleiben, auch ihn werden die Staatsmänner zu den
Akten legen, weil sie noch immer der Meinung sind, daß
für große und mutige Taten die Zeit noch nicht reif ist.

Abwertung und Stillhaltung.

In dem schon zitierten Bericht der britischen Mit-
glieder der Internationalen Handelskammer wird
darauf verwiesen, daß die Goldpreise stetig weiter fallen.
Seit dem Jahre 1929 sind sie in den Vereinigten Staaten
um 37½ Prozent gesunken. Demnach erfordert eine
Schuld, die damals durch den Verkauf von 100 Einheiten
eines Produktes bezahlt werden konnte, heute nicht
weniger als 160 Einheiten. Es ist klar, daß diese Tat-
sache in der internationalen Debatte eine wesentliche
Rolle spielt. Sie hat offenbar auch zu den Gerüchten
geführt, daß Deutschland eine Abwertung seiner privaten
Schuldverpflichtungen an das Ausland erstrebe und zwar
eine Abwertung auf den Stand der gegenwärtigen
Warenpreise. Von amtlicher deutscher Seite ist diese
Darstellung energig dementiert worden. Es wurde
hinzugefügt, daß man nicht an eine solche Abwertung
denke, wohl aber eine Herabsetzung des ungeheuer hohen
Zinsfußes erstrebe. Man geht dabei zweifellos von der
Überlegung aus, daß ein Land, das die Abwertung
durchführen würde, in Gefahr käme, seinen gesamten
Auslandskredit zu ruinieren. Auf dem Verhandlungs-
wege ist ein derartiges Verfahren naturgemäß über-
haupt nicht durchzuführen, da die Gläubigerländer sich
nie zu einer solchen Vereinbarung bereit finden würden.
Sie müßten dann ihrerseits in ihren eigenen Ländern
entsprechende Gesetze erlassen. So wird diese Frage auf
der neuen Stillhaltungskonferenz, die am 1. Juli in London
begonnen hat, keine Rolle spielen. An sich handelt es
sich bei dieser Stillhaltungskonferenz nicht um eine besondere
Veranstaltung, sondern um eine Besprechung, die in dem
bekannten Stillhalteabkommen vorgesehen ist. Deutscher-
seits wird man hier naturgemäß versuchen, eine Herab-
setzung der ganz außerordentlich hohen Zinsätze zu er-
reichen, um auf diese Weise der deutschen Wirtschaft
wenigstens eine kleine Erleichterung zu schaffen, eine Er-
leichterung, die durchaus auch im Interesse der Gläubiger
liegt.

Um den Hoover-Plan.

Durch die Lausanner Konferenz ist der Hoover'sche
Abwertungsplan etwas in den Hintergrund gedrängt
worden. Ihm scheint ein ähnliches Schicksal beschieden
zu sein, wie dem Hoover'schen Vorschlag des Kriegs-
schuldenfeierjahres, der ja auch erst nach sehr langen
Debatten und dann in stark eingeschränkter Form durch-
gesetzt werden konnte. Die Engländer sind keineswegs
sonderlich entzückt von dem Hoover'schen Plan. Jetzt
tritt wieder der alte Gegensatz zwischen London und
Washington in die Erscheinung, der schon bei dem Kampf
um die Seeabriegelung eine so große Rolle gespielt hat.
Die Engländer weisen immer wieder darauf hin, daß sie
die verschiedenen Teile ihres großen Weltreiches schützen
müssen und aufs neue geht ihre Forderung darauf

hinaus, daß sie nicht die Schiffszahl, wohl aber die Größe der Schiffe vermindern wollen. Es waren auch Gerüchte aufgetaucht, nach denen es im englischen Kabinett wegen des Hoover'schen Abrüstungsplanes zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten gekommen sein soll, diese Gerüchte sind jedoch dementiert worden. Offenbar hat die englische Regierung die Meinung, über den neuen Hoover-Plan zunächst einmal mit den Amerikanern und auch wohl mit den Franzosen hinter den Kulissen weiter zu verhandeln, weswegen man in London eine Vertagung in der Abrüstungskonferenz nicht ungern sehen würde.

Die Minderheiten tagen.

Während in Lausanne und in Genf die Staatsmänner am Verhandlungstisch sitzen, ist in Wien der achte Europäische Nationalitäten-Kongress zusammengetreten. Wenn die Minderheiten diesmal nicht wieder Genf, sondern Wien als Tagungsort gewählt haben, so wird das zwar mit der günstigen geographischen Lage Wiens für die Minderheitenvertreter Südosteuropas begründet, aber es scheint doch auch, als ob man sich absichtlich etwas von Genf distanzieren will. Der Völkerbund hat wohl seinen Mitgliedern feierliche Verpflichtungen zur Wahrung der Minderheitenrechte auferlegt und sich selbst die Kontrolle und das oberste Schiedsrichtertum übertragen. Die Minderheiten aber haben keineswegs gute Erfahrungen mit diesem Genfer Verfahren gemacht, es geht ihnen und zwar vor allem den deutschen Minderheiten in heutiger Europa recht schlecht. Wenn ihnen schon immer Unverständnis und böser Wille vieler Mehrheitsvölker das Leben schwer gemacht hat, so hat sich diese Lage durch eine überall aufschäumende Welle des Nationalismus noch weiter verschärft. Auf diese unerfreuliche Entwicklung hat auch bei der Kongress-Eröffnung der Präsident der Tagung Dr. Wilja n hingewiesen, der unter anderem ausführte, daß 40 Millionen Menschen in Europa leben, die nationalen Minderheiten angehören und infolgedessen materielle Nachteile und seelische Leiden zu ertragen haben, die sich aber dennoch nicht entmutigen lassen und ihren Kampf nicht aufgeben.

Eine litauische Niederlage im Haag.

Wenn auf dem Minderheitenkongress von der Flut des Chauvinismus gesprochen wurde, so galt zum mindesten diese Kennzeichnung auch für die litauische Politik im Memelgebiet. Bekanntlich beschäftigt sich der Haager Internationale Gerichtshof schon seit dem Anfang des Monats Juni mit der Klage, welche die Unterzeichner des Memelstatuts, also England, Frankreich, Italien und Japan, gegen Litauen wegen seiner Memelpolitik eingeleitet haben. Die Litauer haben jetzt eine schwere Niederlage erlitten, da nämlich der Haager Gerichtshof den litauischen Zuständigkeitsvorwand gegen zwei noch nicht behandelte Punkte der Klage abwies. Nimmt man hinzu, daß sich bei den anderen vier Punkten die Kläger schon mit großer Schärfe gegen das litauische Verhalten ausgesprochen, so kann kaum zweifelhaft sein, daß nach der Abweisung des litauischen Zuständigkeitsvorwandes das Gesamturteil den Memelländern recht geben und sie in ihrem Kampf um die Autonomie stärken wird.

Ein Gesamtprogramm des Handwerks.

Fertigstellung Anfang Juli. — Eingliederung in die Berufsstände.

Berlin, 2. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Wie wir von gutunterrichteter Seite hören, steht das seit längerer Zeit in Ausarbeitung befindliche Gesamtprogramm des Handwerks, das eine Eingliederung in eine neue Wirtschafts- und Staatsform vorbereiten soll, kurz vor der Fertigstellung. Am kommenden Donnerstag wird in Hannover ein Ausschuss zusammentreten, der sich aus Vertretern der Kammern, der Fachverbände, Gewerbetreibenden, Handwerkerbünde und der gewerblichen Genossenschaften zusammensetzt. Der Ausschuss hat im Januar dieses Jahres mit der Beratung eines wirtschaftspolitischen Programms für das deutsche Handwerk begonnen. Die Arbeiten sind nach rund 4 Jahr soweit gediehen, daß der Abschluß bevorsteht, worauf das Programm der Öffentlichkeit vorgelegt werden soll. Damit tritt das Handwerk, insbesondere seine Interessenvertretungen, aus der bisher geübten Abwehr heraus und begibt sich auf das freie Feld, auf dem die großen Auseinandersetzungen über die künftige Gestaltung der Wirtschaft ausgefochten werden. Obwohl die Spannungen der Zeit selbstverständlich auch tief in die verschiedenen handwerklichen Organisationen eingedrungen sind, wodurch die Arbeiten an dem Wirtschaftsprogramm natürlich erschwert wurden, rechnet man doch in unterrichteten Kreisen mit einem positiven Ergebnis, das wohl im Vorstadium einer handwerklichen Eingliederung der deutschen Wirtschaft liegt. Das Handwerk will einer Gliederung, die von anderer Seite kommen könnte und den Mittelstand evtl. nicht den nötigen Raum geben würde, zuvorkommen.

Bayern mahnt zur Besonnenheit und Selbstdisziplin.

Eine Verlautbarung zur politischen Notverordnung.

München, 1. Juli. Zu der zweiten Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen gibt die bayerische Staatsregierung eine Verlautbarung bekannt, in der sie im Eingang auf ihre Bedenken gegen die Freigabe der öffentlichen Straßen und Plätze für politische Versammlungen und Aufzüge und des Tragens von Parteiuniformen bei der jetzigen Schärfe der politischen Gegensätze hinweist, weiter wird erklärt: Trotz der erschwerten Lage wird die Staatsregierung bemüht sein, mit dem Einfluß der ihr zu Gebote stehenden Nachmittels die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten und Störungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. In der Bevölkerung liegt es, weitgehend die Besonnenheit und Selbstdisziplin zu üben. An die politischen Parteien und Verbände geht die dringende Aufforderung, sich angesichts der Lage im politischen Auftreten auf öffentlichen Straßen und Plätzen die größte Zurückhaltung aufzuerlegen, Herausforderungen Andersdenkender und Ausschreitungen zu vermeiden und den inneren Frieden zu bewahren.

Die Notverordnung über den Reichshaushalt.

Die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs.

Ermächtigungen für den Reichsfinanzminister.

Berlin, 1. Juli. Nach der jetzt vorliegenden Verordnung des Reichspräsidenten über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs im Rechnungsjahr 1932 sind die Einnahmen und Ausgaben des Reichs für das Rechnungsjahr 1932 mit je 8219 Millionen Mark veranschlagt.

Dem Schuldentilgungsfonds

werden reichseigene Reichsbahnvorschußanleihen zugeführt, und zwar in Höhe des planmäßigen Tilgungsbetrages. Die Tilgungsverpflichtung wird hiermit als erfüllt betrachtet. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt zur Übernahme von Garantien in Höhe von 350 Millionen Mark zur Außenhandelsförderung, in Höhe von 250 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau, in Höhe von 150 Millionen Mark für Siedlungszwecke und in Höhe von 100 Millionen Mark für Teilung und Instandsetzung von Hauswohnungen. Schließlich zur Übernahme der Garantie dafür, daß für die aus Reichsbahnvorschußanleihen jährlich eine Dividende von mindestens 7 Prozent gezahlt wird. Die bisherigen Garantiermächtigungen des Reichsfinanzministers bleiben in Kraft. — Von den

Reichsmitteln für Zwecke der Invalidenversicherung

erhält die Reichsinvalidenversicherung im Rechnungsjahr 1932 den Teilbetrag von 12 Millionen Mark. Freizuerwerbende Planstellen des unteren und einfachen mittleren Dienstes dürfen nur mit geeigneten Parteigeldempfängern oder mit Versorgungsanwärtern besetzt werden. Das gleiche gilt für die Hälfte der freizuerwerbenden Stellen des gehobenen mittleren Dienstes. Diese Bestimmungen gelten für die Reichspost mit der Maßgabe, daß der entsprechende Prozentsatz beim unteren Dienst 80 Prozent und im einfachen mittleren Dienst 90 Prozent beträgt. Über die letzten 10 Prozent der bewilligten jährlichen Ausgaben darf von den einzelnen Behörden, so weit nicht die Verpflichtung zur Leistung auf

Grund eines Gesetzes besteht, nur mit vorheriger Zustimmung des Reichsfinanzministers verfügt werden.

Nach dem aufgestellten Plan betragen

die Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung rund 7713 Millionen Mark.

Es sollen erbringen: Besitz- und Verkehrsteuern 4757 Millionen Mark, Zölle und Verbrauchsabgaben 2707 Millionen Mark, das Bank- und Münzwesen 127 Millionen Mark und Dividenden usw. und die Reichsbahn rund 119,6 Millionen Mark. Die Einnahmen der Reichspost sind mit 243,5 Millionen Mark, die des Reichsfinanzministeriums mit 29,4 Millionen Mark und die des Reichsverkehrsministeriums mit 29,4 Millionen Mark veranschlagt. Von den Ausgaben beansprucht die allgemeine Finanzverwaltung 2270 Millionen Mark. Auf das Reichsarbeitsministerium entfallen an laufenden Ausgaben 1560 Millionen Mark, auf Versorgung und Ruhegelder 1183 Millionen Mark, auf den Dienst der Reichspost 943 Millionen Mark, auf das Reichswehrministerium 578 Millionen Mark, auf Kriegskosten 470 Millionen Mark, auf das Reichsfinanzministerium 397 Millionen Mark, auf das Reichsverkehrsministerium 116 Millionen Mark, auf das Reichsinnenministerium 58 Millionen Mark, auf das Reichswirtschaftsministerium 52 Millionen Mark, auf das Reichsjustizministerium 30,8 Millionen Mark, auf das Reichswirtschaftsministerium 13,3 Millionen Mark, auf das Reichsjustizministerium 13,1 Millionen Mark.

Die Summe der einmaligen Ausgaben beträgt 319 Millionen Mark;

davon entfallen u. a. auf das Reichswehrministerium 96,2 Millionen Mark, auf das Reichsfinanzministerium 77,7 Millionen Mark, auf die allgemeine Finanzverwaltung 56,9 Millionen Mark, auf das Reichsverkehrsministerium 54,4 Millionen Mark, auf das Reichsfinanzministerium 20,5 Millionen Mark, auf das Reichswirtschaftsministerium 6,8 Millionen Mark und auf das Reichsinnenministerium 6,8 Millionen Mark.

Eine eigene Amnestievorlage des preußischen Staatsrats.

In Form eines Initiativgesetzes.

Berlin, 1. Juli. Der Verfassungsausschuss des Preußischen Staatsrats beschloß mit allen Stimmen gegen die Kommunisten und bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen Einspruch einzulegen gegen die von einer Mehrheit des Preußischen Landtags beschlossene umfangreiche politische und wirtschaftliche Amnestie. Da aber auch mehrere Fraktionen des Staatsrats der Auffassung sind, daß eine Amnestie angebracht ist, wurde weiter beschlossen, daß der Staatsrat seinerseits in Form eines Initiativgesetzes einen Amnestieentwurf ausarbeiten solle, der nicht vom juristischen Standpunkt aus so bedenklich erscheine wie die verabschiedete Fassung.

Der Staatsrat will seine Amnestiefassung dem Landtag in der nächsten Woche zuleiten, so daß sich das Landtagsplenum noch im nächsten Sitzungsabschnitt in der kommenden Woche mit diesem Initiativgesetzentwurf befassen könnte. Mit dem Einspruch des Verfassungsausschusses gegen die Amnestievorlage des Landtags, den das Staatsratsplenum bestätigt, muß der vom Landtag verabschiedete umfangreiche Entwurf als erledigt gelten, weil er nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit findet, die den Einspruch des Staatsrats beseitigen könnte. Man kann aber damit rechnen, daß der Landtag den gemäßigteren Amnestieentwurf annehmen wird, den der Staatsrat ausarbeiten will, weil insbesondere die Nationalsozialisten im Landtag durchblicken ließen, daß sie ihre Forderung nach Amnestie nicht an einzelnen juristischen Bedenken scheitern lassen wollen.

Der Einspruch.

Gefährdung der Strafrechtspflege und der Staatsautorität.

Berlin, 1. Juli. Nach der Sitzung des Verfassungsausschusses trat der preußische Staatsrat zu einer Vollsitzung zusammen, in der der vom Ausschuss beantragte Einspruch gegen die Amnestievorlage begründet wurde. In dieser Begründung heißt es, daß das Gesetz eine schwere Gefährdung der Strafrechtspflege und der Staatsautorität bedeute, da es vorwiegend aus politischen Beweggründen begangene Straftaten ohne Rücksicht auf die Gefährdung des Täters von Strafe frei mache und auch bei den Dienstvergehen der Beamten keine Rücksicht auf die Art und Schwere des Vergehens nehme. Gegen die Einzelaufzählung der Delikte, die von der Amnestie ausgeschlossen sein sollten, beständen schwere Bedenken. Dies gelte vor allem für das Vergehen der Beleidigung in einer Zeit, in der die Ehre der Mitmenschen im politischen Leben nicht mehr geachtet werde. Weiter wird verwiesen auf das Vergehen der Sachbeschädigung, der Friedhöfshändelung und Verbrechen im Amt. Auch die in den ehemals besetzten Gebieten angestellten separatistischen Beamten würden nach der Vorlage amnestiert werden. Die Bestimmungen über die Beamten-Amnestie widersprächen der Verfassung. Der vorgesehene Amnestieauschuss würde eine Gefährdung der Unabhängigkeit der Rechtspflege bedeuten. Nach kurzer Aussprache wurde in namentlicher Abstimmung mit 60 gegen 19 Stimmen entsprechend dem Ausschussvorschlag beschlossen, Einspruch gegen das Amnestiegesetz einzulegen. Gegen den Einspruch stimmten die Kommunisten und die Deutschnationalen, Mitglieder der Fraktion Arbeitgemeinschaft, darunter auch Reichsinnenminister von Gayl, der dem Staatsrat als Vertreter Ostpreußens angehört. Am 7. Juli hält der Staatsrat eine neue Sitzung ab, in der der eigene Amnestieentwurf des Staatsrates verabschiedet werden soll.

Kurze Umschau.

Die in Berlin weilenden Mitglieder des Reichskabinetts haben am Freitagmittag eine Sitzung abgehalten, in der aber keine bedeutungsvollen Beschlüsse gefaßt worden sind. Man kann wohl annehmen, daß die Minister über die Situation in Lausanne gesprochen haben und daß die Beratung außerdem den laufenden innen- und wirtschaftspolitischen Fragen galt.

Nach lebhafter Aussprache lehnte der Thüringer Landtag die von den Kommunisten und Nationalsozialisten beantragte sofortige Auflösung des Landtags ab.

Das anhaltische Staatsministerium hat verordnet, daß öffentliche Feiern von Staatsbehörden und Schulen am Verfassungstag nicht stattfinden. Eine Herausgabe von staatlichen oder kommunalen Geldmitteln für solche Feiern ist unzulässig.

Im Österreichischen Landtag kam es am Freitag zu förmlichen Zwischenfällen, die schließlich in Schlägereien ausarteten.

In ihrer Sitzung vom Freitag hat die französische Regierung beschlossen, eine nationale Sammlung zur Errichtung eines Denkmals für Briand in Paris zu veranstalten.

Eine außerordentliche Völkerbundversammlung beschäftigte sich am Freitag wiederum mit dem japanisch-chinesischen Streit und beschloß, die Frist über Vorlegung des mandchurischen Berichts auf den 1. November zu verlängern.

Eröffnung der Londoner Stillhaltekonferenz.

Die Frage des Zinsfußes.

London, 1. Juli. Die Vertreter der privaten Gläubiger Deutschlands hielten heute eine erste Sitzung mit den Vertretern des deutschen Stillhalteauschusses ab. Auf Gläubigerseite waren neben Vertretern der Londoner Banken Delegierte aus Amerika, Frankreich, der Schweiz und Holland anwesend. Als erster Punkt wurde die Frage des Zinsfußes erörtert. Von deutscher Seite wird bekanntlich eine Herabsetzung des Zinsfußes verlangt unter Hinweis auf den allgemeinen Rückgang der europäischen Zinssätze seit Abschluß des Stillhalteabkommens. Die englischen Bankiers sollen an einem allgemeinen Zinsfuß von 6 Prozent festhalten, während andere Gläubigervertreter noch höhere Leistungen verlangen. Immerhin spricht man schon jetzt von der Möglichkeit einer allgemeinen Herabsetzung durch gegenseitige Übereinkunft auf etwa 5 Prozent. Ferner steht die Frage der effektiven Bezahlung der Zinsen zur Beratung. Angesichts der bei der Deutschen Reichsbank bestehenden Schwierigkeiten für die Devisenzuteilung zur Deckung der Zinszahlungen ist man auf englischer Seite der Meinung, daß es zu einer Vereinbarung kommen kann, wonach ein Teil der Zinsen bis auf weiteres gekündet, unter Umständen tatsächlich erlassen wird. Eine allgemeine Herabsetzung der Stillhalteschulden hält man in Kreisen der City nicht für zweckmäßig, wenngleich man sich darüber klar ist, daß einige Schulden auf alle Fälle nur schwer eingetrieben werden können, wenn das Stillhalteabkommen abläuft. Da noch verschiedene andere wichtige Stillhaltetfragen zu erörtern sind, wird erwartet, daß die Konferenz sich weit in den Juli hinein erstrecken wird.

Butler Direktor des Internationalen Arbeitsamtes.

Genf, 1. Juli. Der bisherige stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Butler (England) ist heute abend vom Verwaltungsrat zum Direktor des Internationalen Arbeitsamtes gewählt worden. Butler war vor seiner Berufung ins Internationale Arbeitsamt englischer Verwaltungsbeamter. Während der Friedensverhandlungen im Jahre 1919 war Butler an der Ausarbeitung des Teils 13 des Friedensvertrages, der die Grundlage für die heutige internationale Arbeitsorganisation bildet, führend beteiligt. Im Jahre 1920 wurde er von dem damaligen Direktor Albert Thomas als stellvertretender Direktor in das Internationale Arbeitsamt berufen.

Etatsverabschiedung im Stadtparlament.

42,4 Millionen Ausgaben, 38,2 Millionen Einnahmen, 4,2 Millionen Defizit.

Notgemeinschaft.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung fand der Etat nach den Beschlüssen des Wirtschaftsausschusses mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Parteien, die die Wirtschaftspartei ausgenommen, Annahme. Oberbürgermeister Krüde glaubte die Zustimmung des Magistrats, der am Samstag zu dem verabschiedeten Etat Stellung nimmt, zu können. Damit sind übereinstimmende Beschlüsse beider Körperschaften erzielt und ein Eingreifen der Aufsichtsbehörde ist also diesmal vermieden worden. Die Zahlen des Etats sind an und für sich unverbundlich, da die Entwicklung sie vielleicht heute schon überholt hat. Deshalb erübrigten sich harte Kämpfe um einzelne Positionen, die wir von früheren Jahren her gewohnt waren; es ging im wesentlichen nur darum, Richtlinien, in denen sich die Finanzgebarung der Stadt bewegen soll, zu schaffen. In dieser Hinsicht wurde in den Beschlüssen des Wirtschaftsausschusses, wie Stadtdr. Fresenius in seinen kurzen Darlegungen hervorhob, auf dem Boden der gegenwärtigen Verhältnisse das einzig Mögliche gefunden und getan. Seine Worte stimmten mit den Ausführungen der sozialistischen und staatsparteilichen Sprecher und den Schlussbemerkungen des Oberbürgermeisters darin überein, daß heute eine Notgemeinschaft aller, die das Beste für ihre Vaterstadt wollen, am Platze ist, und mit Recht wies Oberbürgermeister Krüde auf das Beispiel hin, das die Kriegsjahre gaben, in denen die lokalen Verwaltungen und die Bürgerschaft, ähnlich wie heute, einer kritischen Lage, auf deren Gestaltung sie keinen Einfluß ausüben konnten, gegenüberstanden und durch die Einheitsfront des Zusammenstehens die schweren Lasten erträglich gestaltet. Gerade in dieser Hinsicht waren die Ansammlungen, die während der Sitzung vor dem Rathaus durch die Polizei zerstreut werden mußten, eine wenig erfreuliche Begleitmusik. Nach den bisherigen Ermittlungen wurden verschiedene Personen, darunter auch Frauen, verlegt und eine Anzahl Demonstranten zwangsweise gestellt. Die Türen des Rathauses blieben eine Zeitlang geschlossen.

Der Bericht des Wirtschaftsausschusses

wurde von dem Stadtdr. Krüdenbach (Volksliste) gehalten. Darin wird besonders hervorgehoben, daß der Wirtschaftsausschuss überflüssige agitatorische Anträge streng ausgeschieden und seine Arbeitskraft auf das sachliche Material konzentriert hat. Die Kräfte, die auf eine Einigung über den Etat hinarbeiteten, wurden wesentlich durch das Bestreben in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat, nach den Erfahrungen mit dem Zwangssetz wieder Herr im eigenen Hause zu werden, gefördert. Die Verhältnisse werden in dem Bericht des Wirtschaftsausschusses mit der Inflationszeit verglichen, nur mit dem Unterschied, daß damals der Geldwert sank, während er heute steigt, woraus sich ein dauernder Rückgang der öffentlichen Einnahmen ergibt, an die die Ausgaben angepaßt werden müssen. Dieser Zustand verschärft natürlich die Ausgabenkontrollen, da die ständigen Kassenschwierigkeiten von selbst jede überflüssige Ausgabe unterbinden. Wenn auch die einzelnen Etatspositionen nicht mehr die frühere Bedeutung für sich beanspruchen können, so hat der Wirtschaftsausschuss doch nicht weniger Sorgfalt auf die Kleinarbeit verwandt und dafür lieber die Generaldebatte, die ja meist in Propagandareben auszuarten pflegt, fallen gelassen.

Der Etatvorschlag des Magistrats

der dem Wirtschaftsausschuss als Arbeitsgrundlage diente und der von ihm durch einige Anträge umgestaltet und erweitert wurde, sah im wesentlichen die gleichen Steuersätze, wie bisher, vor. Eine Erhöhung sollte nur bei den Berufsschulbeiträgen von 40 auf 60 Prozent der Grundbeträge der Gewerbesteuer nach dem Ertrag und nach dem Kapital eintreten. Damit wollte der Magistrat die Ausfälle, die im vergangenen Jahre durch das Eingehen zahlreicher Gewerbebetriebe eintraten, ausgleichen. Der Wirtschaftsausschuss hielt jedoch diese neue Belastung gerade des an sich schon schwer notleidenden Mittelstandes für untragbar, und der Magistrat gab auch schließlich seine Zustimmung zur Be-

laßung bei dem bisherigen Satz. Die Überweisungen von Reich und Staat zum Ausgleich der hohen Wohlfahrtsverpflichtungen sind mit 4 Millionen Mark eingelegt. Zur Tilgung des Fehlbetrages aus den Vorjahren ist keine Summe vorgesehen.

Die ordentliche Verwaltung setzt ihren Etat in Ausgaben mit 42 418 389 M., in Einnahmen mit 38 210 240 M. fest, so daß ein ungedeckter Fehlbetrag von 4 208 149 M. verbleibt.

Die außerordentliche Verwaltung balanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 1 372 240 M. Alle Ausgaben für Neuanlagen und ihre Deckung müssen durch die städtischen Körperschaften von Fall zu Fall nachmals verabschiedet werden.

Bier größere Vorlagen

sind in den Etat hineingearbeitet worden. Einmal handelt es sich um die Vereinfachung der Wiegegebühren für alle Stadtteile. Für Brückenwagen stellen sie sich von 30 Pfg. bis 1,50 M. je nach Gewicht, bei Viehwagen auf 30 bis 50 Pfg. Die zweite Vorlage betrifft die Großmarkthalle, für deren Ausbau in dem Kasernengelände an der Schierkeimer Straße vom Magistrat 32 530 M. als erforderlich betrachtet wurden. Ein ausgegebener Betrag von 13 000 M. ist in der vorgenannten Summe enthalten. 20 000 M. wurden von den städtischen Körperschaften bereits bewilligt. Das Reichsernährungsministerium und die Regierung bringen je 5000 M. auf und die Stadtverwaltung übernimmt noch die restliche Summe von 2530 M. Der Wirtschaftsausschuss gab seine Zustimmung unter der Voraussetzung, daß die Regierung wirklich den Betrag zahlt. Die Gartenzentrale Wiesbaden-Schierke beabsichtigt, auf ihre eigenen Kosten ein drittes Stallgebäude herzurichten. Gleichzeitig genehmigte der Wirtschaftsausschuss den Tarif für Groß- und Kleinmarkt in den Markthallen, auf dem Rathausplatz und sonstigen kleineren Marktplätzen.

Die Kreisstelle Nord des Wohlfahrtsamtes wird aus der Saalgasse nach der Schule in der Lehrstraße verlegt. Die Maßnahme ist durch die erhöhten Anforderungen an das Wohlfahrtsamt und die dafür unzureichenden Räumlichkeiten bedingt. Trotz einiger Umbauarbeiten in dem Schulgebäude tritt durch die Verlegung doch noch eine Ersparnis von jährlich 3825 M. ein durch den Wegfall der Miete, die für die Räume in der Saalgasse gezahlt werden mußte. Hingegen kommt die Einsparung der Miete für die Lageräume der Kinderbewahranstalt an der Schwalbacher Straße, die monatlich 500 M. erforderte. Zu dieser Vorlage wird bemerkt, daß das Erdgeschoss der Schule an der Lehrstraße für die Unterbringung der Kreditankalten hergerichtet wird, und zwar auf Kosten der Wegway, die dafür über die bisher von diesen Anstalten in dem Verwaltungsgebäude, Ecke Neugasse und Schulgasse innegehabten Räume verfügen kann.

Für die Einrichtung einer Wanderherberge in einem Mannschaftsgebäude der ehemaligen Kaserne an der Schierkeimer Straße wurden im außerordentlichen Etat 25 000 M. eingestellt. Der Wirtschaftsausschuss schränkte seine Zustimmung dahin ein, daß der Ausbau nur erfolgen soll, wenn dringlichere Projekte nicht vorliegen.

Kleinere Positionen.

Der Wirtschaftsausschuss beschloß, daß in der Folge bei Abweichungen in den Etatsansätzen gegenüber den Vorjahren nähere Begründungen — sei es durch kurze Bemerkungen im Etat selbst, sei es durch besondere Überlichten — zu geben sind. Zweckmäßig sei es, dabei die Entwicklung der letzten drei Jahre gegenüberzustellen. Die Begründung wäre zu geben, sofern der Einnahmeanstieg gegenüber dem Vorjahre mehr als 5 Prozent aufweist, wenn der Ausgabenanstieg gegenüber dem Vorjahre sich erhöht.

Der Beitrag an die Landwirtschaftsverwaltung für die Führung der Geschäfte in Höhe von 6330 Mark wird um 3000 Mark gekürzt. Ebenso der in Einnahme gestellte Betrag von 4840 Mark.

Der Keroberg soll gegen Zahlung einer Anerkennungsgeldverpachtet, der Langel's Weinberg ausgehauen werden.

Bei der Grundbesitzverwaltung sind im nächsten jährigen Haushaltsplan die Personalkosten nicht als Beiträge an verschiedene Ämter, sondern in ihrer eigentlichen Höhe unter Position persönliche Ausgaben einzustellen. — Für Anlegung eines Lagerbuches werden statt 5000 2000 M. vorgesehen. — Bis zum Eintritt der kalten Jahreszeit sind in der Nähe des Hauptbahnhofs geeignete Aufenthaltsräume für die städtischen Verkehrspersonal zu schaffen. Dem Verkehrspersonal, das am Freitag frei hat, ist der Lohn bereits am Donnerstag während der Arbeitszeit auszuzahlen.

In den Aufsichtsrat der Flughafen-Gesellschaft entsendet die Stadtverordnetenversammlung die gleiche Zahl Vertreter wie der Magistrat. — Der Nassauischen Landesbibliothek werden zur Anschaffung von Büchern anstatt 18 180 M. 20 000 M. zur Verfügung gestellt. Der Beitrag für den Verein zur Bekämpfung von Schmutz und Schund wird wieder auf 500 M. erhöht. — Der Abenbhochschule wird eine Entschädigung von 1200 M. in Form von Sachleistungen gewährt. — Der Beitrag für die Armen-Augenheilanstalt ist auf 4000 M. festgesetzt worden.

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, von der Reichsregierung zu verlangen, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Verabschiedung vorzulegen, welcher alle Vermögen über 100 000 M. mit einer Aufwandssteuer von 20 Prozent belastet. Alle Einkommen über 20 000 M. sollen zu einer besonders scharfen Steuer herangezogen werden, die gestaffelt mit 5 Prozent beginnt und bis zu 100 Prozent steigt.

Die so gewonnenen Gelder sind zur Erfüllung der sozialen Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinden zu verwenden. — In einem weiteren Antrag wird vom Magistrat verlangt, bei den zuständigen Stellen auf eine Aushebung der Hauszinssteuer hinzuwirken und die Mieten um diesen Betrag zu senken. In einem Eventualantrag wird die Verwendung der Hauszinssteuermittel für den Bau von Wohnungen für die werftätige Bevölkerung gewünscht. — Zum Personalhaushaltsplan wurde beschlossen, die Anstellungsverhältnisse und Beförderungssperre für 1932 grundsätzlich beibehalten zu lassen. Ausnahmen sind in besonderen Fällen durch den Magistrat nach vorheriger Beschlußfassung durch die Personaldeputation zulässig.

Die Aussprache.

Die Redezeit für die einzelnen Fraktionen wurde durch Stadtverordnetenbeschluss auf 15 Minuten festgelegt. Stadtdr. Ballmann (Kom.) verwahrte sich lebhaft gegen diesen Antrag, der es ihm unmöglich mache, die 80 kommunalpolitischen Anträge zum Etat vorzutragen und zu begründen. Auf Wunsch des Stadtdr. Reinsperger (Soz.) wurde die Sitzung um 15 Minuten vertagt, um den Fraktionen noch einmal Gelegenheit zur Beratung zu geben.

Stadtdr. Reinsperger (Soz.)

stimmte dem Etat, trotz erheblicher Bedenken und unerfüllter Forderungen, zu. Seine Fraktion legte besonderen Wert auf die Feststellung, daß eine weitere Kürzung der Unterhaltungssätze unbedingt abzulehnen ist. Der Redner verurteilte alle Reformmaßnahmen, die weitere Arbeitskräfte frei machen und dem großen Heer der Unterhaltungsbedürftigen zuführen. Die Arbeitsbeschaffung betrachte die sozialdemokratische Fraktion als die einzige Möglichkeit zur Meisterung der Krise. Sobald es die Lage am Geldmarkt ermögliche, müsse die Stadtverwaltung durch Wiederaufnahme des Wohnungsbaues und durch auf Siedelung gerichtete Maßnahmen den Arbeitsmarkt entlasten.

Stadtdr. Holländers (Nassoj.)

berief sich auf die Darstellung des nationalsozialistischen Fraktionsführers in den früheren Jahren, die die Entwicklung richtig vorausgesehen habe. Die angekündigte Besserung sei nicht eingetreten, und alle Experimente mit Scheinrats seien zusammengebrochen. Die Parteien, die sich ursprünglich gegen die Einführung der Biersteuer und Bürgersteuer getraut hätten, sanktionierten heute diese Belastung durch Annahme des Etats. Die nationalsozialistische Fraktion verfolge ihre Zustimmung, schon im Hinblick auf die mangelnde Erleichterung der Lage der Kleinrentner, der Erwerbslosen und Unterhaltungsbedürftigen. Agitationsanträge, wie sie die

Berühmte Verwandtschaften.

Berwandte, von denen Goethe nichts wußte. — Das napoleonische Blut der Uly Braun. — Bethmann-Hollweg und Richard Wagner. — Volkshater Paläologe, ein Nachkomme byzantinischer Kaiser? — Eine uralte deutsche Familie: die Cottas.

Von Erich Dieckhoff.

Das Goethejahr hat genealogischen Forschern Veranlassung gegeben, allen erreichbaren Zweigen der Familie des Dichters nachzuspüren. Dabei sind überraschende verwandtschaftliche Beziehungen zu verschiedenen berühmten Persönlichkeiten aufgedeckt worden, die bisher völlig unbekannt waren, und von denen natürlich auch Goethe selbst nichts ahnte. So hat sich herausgestellt, daß Goethe verwandt ist mit den Brüdern Schlegel, den Brüdern Grimm und mit dem Philosophen Hegel. Aus späteren Generationen haben verwandtschaftliche Beziehungen zu ihm Ernst Haedel, Karl Liebknecht und der Flieger Richthofen, unter den Lebenden die Dichter Binding und Haseklee. Auch zwei berühmte Frauen sind darunter. Die heilige Elisabeth und Charlotte Buff, zu der der junge Goethe in seiner Weimarer Zeit bekanntlich eine so leidenschaftliche Neigung empfand, und die dann als „Werthers Lotte“ unsterblich wurde. Daß auch Lukas Cranach, Maler der Reformation, zu den Verwandten des Dichters gehört, ist bereits vor einigen Jahren nachgewiesen worden.

Die große Zahl dieser berühmten Anverwandten des Dichters mag überraschend erscheinen. Man muß jedoch bedenken, wie gewaltig die Fäden der Familienangehörigen anwachsen, wenn man in jenen kinderreichen Zeiten auch nur bis zu den Urgroßeltern zurückgeht.

Daß sich unter den heute lebenden Schriftstellern auch ein Urentel Goethes befindet, ist bekannt. Es ist Alexander von Gleichen-Rußwurm, dessen Großvater gleichen Namens sich 1828 mit des Dichters jüngerer Tochter Emilie verheiratete. Auch ein Verwandter Kants ist in unseren Tagen mit literarischen Arbeiten hervorgetreten, Theophil von Soderas, dessen Urgroßmutter die Tochter von Kants Bruder war. Zugleich mit Goethe und mit Luther verwandt zu sein, konnten sich die Arbeiterführer Wilhelm und Karl Liebknecht, Vater und Sohn, rühmen. Napoleonisches Blut floß in den Adern der unlängst verstorbenen Schriftstellerin Uly Braun. Ihre Großmutter war Jenny von GutsMuth

(von Pappenheim), die zum Hause des alten Goethe in freundschaftlichen Beziehungen stand. Sie war eine natürliche Tochter von Napoleons Bruder Jérôme, des Königs von Westfalen.

Der Dichter Ernst von Wildenbruch war mit den Hohenzollern blutsverwandt. Er hatte zum Großvater den schönen, genialischen Prinzen Louis Ferdinand, einen Neffen Friedrichs des Großen, der 1806 bei Saalfeld fiel. Aus der freien Ehe, in der dieser eine Zeitlang mit einer Berliner Bürgerstochter, Henriette Fromm, lebte, stammten zwei Kinder, Ludwig und Blanche, die 1810 den Adelsnamen von Wildenbruch erhielten. Ludwigs Sohn war der Dichter.

Mit dem sächsischen Königshause verbanden Blutsbeziehungen die französische Dichterin George Sand, die einst in den Tagen der Romantik durch die unvergleichbare Reihe ihrer Romane wie durch ihre emanzipierte Lebensführung soviel von sich reden machte. Sie hatte zum Großvater den Grafen Moritz von Sassen, als französischer Feldherr berühmt unter dem Namen „Marshall von Sassen“ und dieser war ein natürlicher Sohn Augusts des Starken und der schönen Aurora von Königsmarck. Der große Landmann und „Zeitgenosse der Sand“, der Maler Delacroix, war nicht der Sohn des Mannes, dessen Namen er trug. Sein Vater dürfte vielmehr, wie neuere Forschung im hohen Grad wahrscheinlich gemacht hat, Fürst Talleyrand gewesen sein, der berühmte Staatsmann der napoleonischen Epoche.

Verwandtschaftliche Beziehungen bestanden zwischen dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg und dem Hause Wagner. Die Gräfin d'Agoult, die Gefährtin Liszt's, war eine Tochter des Frankfurter Bankiers von Bethmann, und aus ihrer Verbindung mit Liszt stammte Cosima, die Gattin Wagners. Eine andere Tochter Bethmanns heiratete Jakob Hollweg, der sich seitdem Bethmann-Hollweg nannte; dessen Enkel war der Reichskanzler. Der Dichter Karl Sternheim ist von mütterlicher Seite verwandt mit Heinrich Heine, dessen Urgroßmutter zugleich eine Urahne des erfolgreichen modernen Satirikers ist.

Wenn der französische Schriftsteller Paléologue, der als Diplomat während des Krieges die Republik in Petersburg vertrat, behaupten kann, sein Stammbaum reiche bis auf das byzantinische Kaiserhaus der Paläologen zurück, so will das etwas heißen.

Der Franzose wird aber weit übertroffen durch den deutschen Buchhändler Cotta, der einst als Verleger unserer Klassiker fast ebenso berühmt war wie diese selbst. Die

Cottas können ihren Stammbaum zunächst urkundlich bis zum Jahre 926 zurückführen, wo ein Andronico Cotta zum Bischof von Mailand gewählt wurde. Darüber hinaus aber behauptet eine alte Familientradition, daß die Cottas von der altromischen Senatorenfamilie gleichen Namens abstammten, die zum Geschlecht der Aurelier gehörte; damit würden dann die Mutter Julius Cäsars und der Kaiser Marc Aurel zu ihren Ahnen zählen.

Aus Kunst und Leben.

* Auslandschreibungen deutscher Wissenschaftler. Der Professor für Physik, Dr. Peter Debye (Leipzig), ist zum ordentlichen Mitglied der Rgl. Betenkaps Societeten in Upsala und der Akademie der Wissenschaften I Nuovi Lincei in Rom ernannt worden. — Der Professor für Mineralogie, Dr. Viktor Moritz Goldschmidt (Göttingen), wurde zum auswärtigen Mitglied der Rgl. Schwedischen Akademie der Wissenschaften in Stockholm ernannt. — Dr. Max Klatz (München), ist zum korrespondierenden Mitglied der Reunion d'Orthopaedie in Bordeaux ernannt worden. — Der Professor für Botanik, Dr. Karl v. Goebel (München), ist auswärtiges Mitglied der National Academy of Sciences in Washington und Ehrenmitglied der Schwedischen Botanischen Gesellschaft in Stockholm geworden. — Der Professor für Chirurgie, Dr. Eduard Rehn (Freiburg i. B.), wurde korrespondierendes Mitglied des Executive Committee of Society of Plastic and Reconstructive Surgery in New York. — Der Professor für Pflanzenphysiologie, Dr. Ludwig Jost (Heidelberg), ist zum ausländischen Mitglied der Linnean Society in London gewählt worden.

* Operetten-Premieren der neuen Spielzeit. Eduard Rünnels neueste Operette „Prinzessin Paulette“, die die Schicksale Pauline Borgheses, der Schwester Napoleons behandelt, ist von der Direktion Rotter für ihr Theater am Admiralspalast in Berlin erworben worden. — Ralph Benachly hat seinen Ruf für das musikalische Lustspiel „Eine Nacht mit Arabella“ vollendet. Der Text stammt von Rudolf Lothar und Charles Koenigshoff. Die Aufführung soll im Herbst in Berlin stattfinden. — Charles Müllers Operette „Luba“ erlebt im Berliner Theater des Westens anfangs der neuen Spielzeit ihre Aufführung. — Willy Rolens „Fräulein Defektio“ ist vom Leipziger Operetten-Theater zur Aufführung erworben worden.

Kommunisten stellen, würden von den Nationalsozialisten nicht eingebracht. Die Durchführung des nationalsozialistischen Programms werde erst möglich, wenn die Partei die Macht in Reich, Ländern und Gemeinden in der Hand habe.

Stadtv. Kettenbach (Vpt.)

leitete seine Ausführungen mit der Feststellung ein, daß die Hoffnung auf einen baldigen Abschluß der Notzeit, die man in den Vorjahren noch gehegt habe, durch die Entwicklung ausgelöscht worden sei. Eine Erhöhung der Steuerlasten werde von keinem vernünftigen Menschen mehr empfohlen. Die Förderung der Rurindustrie als Lebensnerv Wiesbadens müsse auch in den heutigen Krisenzeiten Hauptaufgabe der Stadtverwaltung bleiben. Beim Wohlfahrtsamt sei anzuerkennen, daß die Verwaltung alles getan habe, um ein katastrophales Anschwellen des Etats zu vermeiden. Reich und Staat trügen zweifellos einen großen Teil der Schuld an der verzweifeltsten Lage der Kommunen, und auch die neueste Notverordnung bringe aller Voraussicht nach nicht die unbedingt erforderlichen Entlastungen. Eine Ablehnung des Etats wäre lediglich eine leere Demonstration. Ein neuer Zwangsetat wäre die Folge, der bestimmt keine Erleichterungen brächte. Die Volkspartei gebe deshalb schweren Herzens dem Etat seine Zustimmung. Jeder, der heute ein unbedingtes Heilmittel gegen die Krisenzustände verspreche, sei unehrlich. Dr. Kettenbach schloß mit der Auforderung:

„Wir beantragen eine engere Zusammenarbeit zwischen Magistrat und Stadtverordneten als bisher, gerade in solcher Notzeit darf sich die Verwaltung nicht isolieren, sondern muß jede Maßnahme von irgend welcher Tragweite mit den gewählten Vertretern der Bürgerchaft beraten.“

Auch dieser Gesichtspunkt ist für unseren Entschluß zur Genehmigung des Etats maßgebend, denn nur durch Beseitigung des Zwangsetats und des daraus folgenden Eingriffs des Regierungspräsidenten ist der Einfluß der Stadtverordneten auf die Finanzgebarung wieder herbeizuführen.“

Stadtv. Schlüter (Zentrum)

bezeichnete die Lage über die Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung als überholt, nachdem gerade in den letzten Tagen durch die neue Regierung v. Papen das Verhältnis zwischen Reich und Ländern immer mehr erschüttert und das ganze staatliche Gefüge in Frage gestellt werde. Die Inflation des Etats durch Notverordnung sei ein in Deutschland noch nicht erlebter Vorgang. Bei den Etatsberatungen handele es sich nicht mehr darum, verpflichtende Zahlen festzusetzen, sondern nur um die Aufstellung von manchmal recht groben Richtlinien, an die sich der Magistrat mit seinen Einnahmen und Ausgaben zu halten habe. Der Kassenlage komme unter diesen Umständen die allergrößte Bedeutung bei. Stadtv. Schlüter glaubte, daß die Einnahmen der städtischen Werke um 200 000 M. höher mit 3,5 Millionen eingestellt werden könnten. Er warnte vor einer Tarifsenkung, die im gegenwärtigen Augenblick kein Einsichtiger vertreten könne. Schon im vergangenen Jahr sei die Stadtverwaltung ganz hart am Abgrund vorbeigegangen. Die Zentrumsfraktion himme dem Etat unter der Voraussetzung zu, daß die nachstehenden Anträge angenommen würden:

1. Der Magistrat muß versuchen, weitere Einsparungen vorzunehmen, ausgenommen auf dem Gebiet der sozialen Sachausgaben.
2. Dem Wirtschaftsausschuss ist laufend Bericht über den Stand der Etatsausführung und über die Kassenlage zu geben.
3. Die Etats- und Kassenordnung, die auf Verlangen des Reiches ausgearbeitet werden muß, soll beschleunigt vorgelegt werden.
4. Die genaue Überwachung der Etatsausführung wird dem Rechnungsprüfungsausschuss erneut zur besonderen Pflicht gemacht.

Stadtv. Ballmann (Komm.)

protestierte gegen das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten vor dem Rathaus. Er polemisierte gegen die Nationalsozialisten, gegen die Sozialdemokraten und vor allem gegen die neue Regierung v. Papen. Er besprach die einzelnen Positionen und die Anträge, die seine Fraktion zum Etat eingebracht hatte.

Stadtv. Schneider (Wirtschp.)

stellte fest, daß die Entwicklung die gerade von der Wirtschaftspartei in den letzten Jahren konsequent vertretenen Forderungen zwangsläufig vorwärts getrieben habe. Die psychologische Vertrauenswirkung, die eine freiwillige und rechtzeitige Aufnahme der Forderungen in sich geschlossen hätte, sei natürlich verloren gegangen. Der Redner kritisierte die Ausgabenhöhe der Jahre 1928 und 1929 und sprach von einer starken Überlagerung des Personalaufwandes in diesen Jahren. Die Verminderung der Beamtenkräfte um 60 sei immerhin ein Zeichen, daß unter dem Zwang die Maßnahmen durchführbar seien, auf die seine Fraktion immer hingewiesen habe. Der Redner verteidigte die Auffassung, daß unbesoldete Stadträte wieder wie früher mit Degeneraten zu betrauen seien. Durch die Heranziehung von unbesoldeten Stadträten werde zwischen Verwaltung und Bürgerchaft eine Brücke geschlagen, die Brücke des Vertrauens, die heute fast reparaturbedürftig sei. Stadtv. Schneider schloß: „Es würde unseren wirtschaftlichen Ansichten und unseren stets vertretenen Ideen widersprechen, wenn wir einem Etat, in dessen Überlagerter Steuerbelastung — auch wenn diese jetzt leider zumeist zwangsläufig ist — wir die Gefährdung und Vernichtung des Bürgertums erblicken müssen, unsere Zustimmung geben würden. Wir unterstützen alles, was zu einer Parlamente und vernünftigen Verwaltungstätigkeit führt und diese führt und womit vor allem der Bürgerchaft geboten ist. Wir sind aber nicht in der Lage, dem Etat, so wie er uns vorliegt, unsere Zustimmung zu geben.“

Stadtv. Reeh (Staatsp.)

bezeichnete es als Gebot der Stunde, daß Stadtverordnetenversammlung und Magistrat sich zusammenfinden und in gemeinsamer Arbeit wenigstens den Ablauf der notwendigen Geschäfte sicherstellen. Der Vergleich mit dem vergangenen Jahr sei in keiner Weise gegeben. Damals habe man durch Vornahme von Abstrichen und Ausschaltung von Steuererhöhungen einen Ausgleich zwischen den wachsenden Ausgaben und den sinkenden Einnahmen herzustellen versucht, eine Aufgabe, an der auch der Regierungspräsident gescheitert sei. Heute müsse einfach die Konsequenz aus der Tatsache gezogen werden, daß ein Ausgleich unmöglich ist.

Die Verwaltung habe ihr Bestes getan, das beweise der herabgeleitete Personaletat, die Einschränkung der sachlichen Ausgaben, die das Maß des Ertrags und Wirtschaftlichen längst überschritten hätten.

Die Wünsche der Staatspartei fanden im Wirtschaftsausschuss Gehör und auch der Magistrat ist ihnen beigetreten. Die staatsparteiliche Fraktion werde keine Gelegenheit veräumen, wenn möglich, die Lasten der Bürgerchaft zu erleichtern. Die Verwaltungsreform habe erstensherweise beschleunigte Fortschritte gemacht. Organisatorische Maßnahmen, die zur Entlastung von Angestellten und Arbeitern

führen müßten, seien unerwünscht. Erfreulicherweise sei es gelungen, die Kuranlagen in einem würdigen, wenn auch bescheidenen Zustand zu erhalten; handele es sich doch hier um den größten Aktiopothen in der Konfurrenz mit anderen Bädern. Die staatsparteiliche Fraktion himme dem Etat mit den Abänderungen des Wirtschaftsausschusses zu, in der letzten Hoffnung, daß wir über die Notzeit hinwegkommen werden und daß unsere Vaterstadt sich behaupten wird.

Stadtv. Dr. Freisenius (Deutschnatl.)

gab dem Etat ebenfalls seine Zustimmung, weil er das einzige Mögliche bei Anerkennung der gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse darstelle, ohne daß sich seine Fraktion mit den in den letzten zehn Jahren zweifellos begangenen Fehlern identifizieren wolle. Das Defizit im Etat betrage mindestens 6 Millionen M und sei zweifellos heute schon größer. Kosten, um die man früher verzweifelt gerungen habe, seien heute aus dem Etat völlig verschwunden. Dr. Freisenius bewerte besonders den Abbau auf kulturellem Gebiet. Man müsse die richtige Grenze zwischen der Notwendigkeit, zu sparen, und der Pflicht zur Erhaltung unserer Kulturanlagen finden. Der Redner begrüßte die geringfügige Erhöhung des Ansatzes für die Kassafische Landesbibliothek, der dem Institut das Halten wichtiger Zeitschriften ermögliche. Dies sei gerade heute, wo viele Bürger nicht mehr in der Lage seien, diese Zeitschriften aus eigenen Mitteln zu halten, besonders wesentlich. Stadtv. Freisenius hätte es gern gesehen, wenn auch in diesem Jahre die Hochschulpforträge wieder ermöglicht worden wären. Er verzichtet jedoch auf einen Antrag, da die Mittel zurzeit nicht aufzubringen sind.

Resignation und Pessimismus beherrschten heute die Stimmung. Ihnen lehnte der Redner die Hoffnung entgegen, daß das neue Etatsjahr doch den Anfang zu einer Besserung bringe.

Oberbürgermeister. Krüde

himnte der Beibehaltung der bisherigen Berufsschuljahre zu.

Der Magistrat werde am Samstag zu den Anträgen des Wirtschaftsausschusses Stellung nehmen und sie aller Voraussicht nach billigen.

Dadurch werden übereinstimmende Beschlüsse bei der Körperchaften ermöglicht. Der Oberbürgermeister hat, weitergehende Anträge abzulehnen. Der Tarif der Marktwirtschaft könne nicht erneut gekürzt werden. Die vom Zentrum geforderten weiteren Einsparungen fänden die Zustimmung des Magistrats. Die Etatsanträge stellten ja sowieso nur Höchstsummen dar. Durch die schwierige Kassenlage ergebe es sich von selbst, daß einzelne Positionen noch weiter ermäßigt werden müssen. Das Revisionsamt, das ja seit dem 1. April arbeitet, prüfe die Kassulationen und die organisatorischen Maßnahmen zur Verwaltungsreform. Der Erfolg seiner Arbeiten, der noch so kurzer Zeit noch nicht überblickt werden könne, müsse abgewartet werden. Sicherlich könne man durch Anschaffung von Maschinen die Verwaltung noch weiter rationalisieren. Er halte das jedoch nicht für angängig, da durch die Maschinen weitere Arbeitskräfte frei würden.

Der Magistrat sei bereit, dem Wirtschaftsausschuss laufend über die Etats- und Kassenlage zu berichten.

Die Etats- und Kassenordnung sei bereits in Angriff genommen und müsse nach Reichsverordnung bis zum 1. Oktober fertiggestellt sein. Eine Senkung der Wohlfahrts- und Jugendkasse der Magistrat, wie bereits früher beabsichtigt wurde, nicht für möglich. Wenn die städtischen Werke einen noch höheren Überschuss erzielen könnten, so sei das um so besser. Eine Senkung der Tarife hielt der Oberbürgermeister für gefährlich, da die städtischen Werke die wichtigste Geldquelle der Verwaltung darstellten.

Durch die Ermöglichung übereinstimmender Beschlüsse habe der Magistrat zur Besserung der Verständigung und des Vertrauens zwischen den beiden städtischen Körperchaften beitragen wollen und zur Förderung der Zusammenarbeit in dieser schweren Zeit.

Die Abstimmungen.

Der zusammenfassende Schlußantrag des Wirtschaftsausschusses, der von allen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Der Wirtschaftsausschuss schlägt der Stadtverordnetenversammlung vor, den Etat in der vom Magistrat beschlossenen Form, also bei der

Ordentlichen Verwaltung

in Ausgabe mit 42 416 380 M.

in Einnahme mit 38 210 240 M.

so daß ein ungedeckter Fehlbetrag von . . . 4 206 140 M. verbleibt.

bei der außerordentlichen Verwaltung

in Einnahme und Ausgabe mit

1 372 240 M.

zu genehmigen mit den Abänderungen, soweit sie sich aus den heute gefassten Beschlüssen, deren finanzielle Auswirkung geringfügig ist, ergeben.“

Die vier Zentrumsanträge wurden angenommen.

Ein wenig erfreulicher Ausklang.

Nach der Abstimmung, die gegen 8 Uhr abends stattfand, verlas Stadtv. Ballmann (Komm.) eine Entschließung, die in einer Verherrlichung des Kommunismus ausklang. Die Tribüne fiel mit dem Ruf: „Nieder mit der Regierung Papen“ ein. Trotzdem die Stadtverordneten bis auf wenige Ausnahmen den Saal verlassen hatten, die Tribüne geräumt worden war und Stadtverordneten-Vorsitzender Dengel die Sitzung geschlossen hatte, sprach Stadtv. Ballmann seine Ausführungen bis zu Ende. Die Aussprache war im allgemeinen ruhig verlaufen. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Schmidt, der auf eine mißverständliche Anweisung des Stadtverordneten-Vorsitzenden von der Tribüne entfernt worden war, wurde auf Anregung der nationalsozialistischen Fraktion, die diesmal in Uniform erschien, wieder zugelassen.

Der Reiz der Tagesordnung

brachte unter Punkt 1 die Einführung des für Stadtv. Dr. Schellenberg einsetzenden staatsparteilichen Stadtschwalb. Verschiedene kleinere Grundstücksangelegenheiten und Fluchtlinienplanänderungen in Dohheim und Bierstadt wurden begutachtet und die Kommission für Grundstücksangelegenheiten für die Ferienzeit wieder eingeleitet. Die Anliegerbeiträge an der Mosbacher Straße werden auf 50 Prozent der städtischen Selbstkosten ermäßigt. Die Beiträge sind in fünf Jahresraten zu zahlen. Die Verwaltung pagiert im Distrikt Rietheim für den Bund der Kinderreichen und den Verein für Kleingartenbau größere Landereien von der Domäne, die zu einem Pachtpreis von 180 M. pro Ar an die erwähnten Vereinigungen abgegeben werden. — Ein Vermächtnis, das für die Stadt nur Belastungen gebracht hätte, wurde ausgeschlagen,

die Mittel für die Pensionierung von Beamten bewilligt und die Wahl eines Schiedsmannes, ebenso wie die Wahl von Wohlfahrtspflegern vorschlagsgemäß erledigt. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Kürzung an den Pensionen der Arbeiter-Ruhegehaltsempfänger um 5 Prozent, die rückwirkend bis März vorgenommen werden sollte, erst mit dem 1. Juli in Kraft treten zu lassen, wurde einstimmig von der Versammlung angenommen. Der kommunistische Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnungsbestimmung, die bei Ausgabenanträgen Deckungsvorschläge fordert, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag, der den Magistrat aufforderte, bei der Reichsregierung gegen die Notverordnungen im allgemeinen und gegen die letzten Notverordnungen im besonderen zu protestieren. — Schluß der Sitzung: 8 Uhr.

Wiesbadener Nachrichten.

Hochsommertemperaturen, von Gewittern unterbrochen.

Das Wetter der nächsten Woche.

Die um die Wende der Vorwoche erfolgte Umgestaltung der europäischen Großwetterlage hat uns endlich den Sommer wiedergebracht. Der Temperaturanstieg ging unserer Voraussage gemäß ebenso wie die Wetterbesserung nur langsam vor sich; noch am Sonntag blieben die Höchsttemperaturen in fast ganz Norddeutschland unter 20 Grad, und auch die Nacht zu Montag war in Mittel- und Ostdeutschland für die Jahreszeit noch ungewöhnlich kalt. In Dresden sank das Quecksilber bis auf 7, in Breslau auf 5 und in Hof sogar auf 3 Grad Wärme. Tagsüber stiegen dann die Temperaturen rasch an und überschritten mit Ausnahme des Ostens in den meisten Gegenden schon 25 Grad Wärme. Feuchtere und kühlere Luftmassen maritimen Ursprungs, die auf der Südseite von Nordeuropa durchziehenden Tiefdruckgebiete, die Deutschland in westöstlicher Richtung und in verschiedenen Staffeln überquerten, hatten in zahlreichen Landesteilen zwar Gewitter ausgelöst und das Temperaturniveau etwas ermäßigt, aber dem hochsommerlichen Charakter der Wetterlage nicht dauernd Abbruch zu tun vermocht. Nur im Nordwesten Deutschlands war es Mittwochs ziemlich kühl. Kalter Wiederanstieg des Luftdrucks stellte Donnerstag in ganz West-, Mittel- und Südeuropa, in der südlichen Hälfte Skandinaviens und ostwärts bis nach Zentralrussland die recht warme und heitere Witterung wieder her, so daß von neuem fast überall 25 Grad Celsius überschritten wurden.

Mit dem nun beendeten Juni ist die kühle und unfreundliche Monatlage unserer Mittsommerzeit augenscheinlich endgültig überwunden. Das subtropische Maximum tritt wieder in Wirksamkeit; in den mittleren atlantischen Breiten dagegen hat die Wirbelstärke stark zugenommen, nicht unbefruchtet von der großen Hitze in den mittleren Breiten des nordamerikanischen Kontinents, die dort zu verstärkter Wirbelstärke führt, und von wo die Zyklogen ostwärts auf den Atlantischen Ozean hinausgelangen, um diesen in der Richtung auf die Britischen Inseln zu überqueren. Gegenwärtig liegt ein sehr ausgeprägter und ausgeprägter Wirbel mit einem Minimum unter 740 Millimeter Luftdruck nördlich der Britischen Inseln, dessen zurzeit erfolgende Annäherung zu stärkerem Anstieg warmer Luftmassen aus niederen Breiten und damit bei uns zu weiterer Erhöhung führen wird. Die Einschaltung kühlerer Luftmassen aus nördlicheren ozeanischen Breiten in den erhöhten Südstrom hat Donnerstag am Westeingang des Kanals bereits Regenfälle ausgelöst und wird zum Wochenende auch bei uns kräftige Wärmegewitter zur Folge haben. Da sich aber die Tiefdruckfurche gegenwärtig westwärts über den ganzen Atlantik und den nordamerikanischen Kontinent bis zum Stillen Ozean erstreckt und an ihrem Südrand ebenfalls weitlich von dem Hochdruckgebiet der Subtropen begrenzt wird, so ist die Gefahr, daß nach den Gewittern wieder kalte Polarluft einbricht und einen Rückschlag zu kühleren Regenwetter bringt, nur gering. Voraussichtlich wird sich vielmehr auch diesmal die Hochdrucklage in Mitteleuropa rasch wieder herstellen, so daß auch während der kommenden Woche das hochsommerliche, warme, zeitweilig recht heiße Wetter fortauern und nur vorübergehend durch Gewitterstörungen unterbrochen werden wird.

Aus dem Magistrat.

Die Städtische Pressestelle teilt mit:

Schwefelernvertrag für das Städtische Krankenhaus.

Mit dem Schwefelernvertrag des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz wurde ein neuer Vertrag geschlossen. Damit wird das bisherige Schwefelernsystem im Städtischen Krankenhaus mit einigen Abänderungen auch weiterhin beibehalten.

Freiwilliger Arbeitsdienst.

Der Magistrat erklärte sich grundsätzlich damit einverstanden, daß eine größere Anzahl von Arbeiten, die sonst infolge der fehlenden Mittel nicht verwirklicht werden könnten, im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt werden. Die Aufstellung der Kostenanschläge usw. soll — soweit noch nicht geschehen — sofort erfolgen, damit der Magistrat demnächst endgültige Beschlüsse fassen und mit den Arbeiten bald begonnen werden kann.

Zu den Reichstagswahlen am 31. 7. 1932

erhalten die Wahlberechtigten wieder Benachrichtigungskarten mit Angabe des Stimmbezirks usw.

— Wiesbadener Gäste. Zu längerem Kuraufenthalt sind High Judge und Mrs. Willis van Devanter aus Washington im „Hotel Rolf“ abgefahren.

— Prinz Hendrik der Niederlande ist in Wiesbaden eingetroffen und hat im „Hotel Rolf“ Wohnung genommen.

— Wiesbadener Fremdenverkehr. Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1932 angemeldeten Fremden beträgt 44 970 Kurgäste und Passanten.

— Ferienarten für das Lust- und Sonnenbad Unter den Eichen. Um während der Ferien Daheimbleibenden eine gute Erholungsgelegenheit zu bieten, wird das Lust- und Sonnenbad Unter den Eichen als neuzeitliche Heil- und Erholungsstätte auch in diesem Jahre wieder Ferienarten zu bedeutend ermäßigten Preisen ausgeben.

— Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt. Wie im Anzeigenteil bekanntgegeben wird, gelten die billigen Tageskarten zur Benutzung sämtlicher fahrplanmäßigen Dampfer, außer Schnell- und Expreßfahrts. Letztere auf der Rückfahrt mit Zuschlag. Die seit Jahren beliebte Abendfahrt wird wieder täglich ausgeführt und ist im Interesse und auf Wunsch vieler Fahrgäste etwas später verlegt worden. Abfahrt ab Wiesbaden-Biedrich 18.50 Uhr. Samstags und Sonntags spielt eine Kapelle zum Tanz auf. Des

Ruhestätten von Männerchor-Komponisten auf Wiesbadener Friedhöfen.

Von Wilh. Alendörfer.

Am Sonntagmittag wird auf dem Nordfriedhof der Karl-Schau-Gedenkstein geweiht, gestiftet von deutschen Sängern. In diesem Zusammenhang dürfte es angebracht erscheinen, an die Komponisten, die unseren Gesangsvereinen besonders nahestanden, zu erinnern, welche ihre letzte Ruhestätte auf den Friedhöfen Wiesbadens gefunden haben.

Ein ausflußreicher Wegweiser bei dieser Arbeit war u. a. das von Herrn Steinhilbermeister Alb. Herrmann herausgegebene Werk „Gräber auf Wiesbadener Friedhöfen“, das ausflußreiche Einzelheiten über berühmte und im öffentlichen Leben bekannt gewordene Wiesbadener Persönlichkeiten enthält.

In erster Linie ist der Chordirigent

Johann Kuhl

zu nennen, der auf dem alten Friedhof an der Blatter Straße seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Er war 1823 geboren und starb 1879. Sein Sohn Wilhelm Kuhl betätigte sich noch heute als tüchtiger, zielbewußter Chormeister. Johann Kuhl war ein sehr leistungsfähiger, angelegener Dirigent und Mitglied des Königl. Theaterchors. Kuhl dirigierte in Wiesbaden neben anderen Vereinen noch den MGB, „Concordia“ und später den MGB „Union“. Dazu kam noch eine Reihe auswärtiger Vereine. Er betätigte sich auch als Komponist von Männerchören und noch in den letzten Jahren konnte man u. a. seinen Chor „Der Himmelfahrtsmorgen“ von verschiedenen Vereinen hören. Sein Grabmal ist vom MGB „Union“-Wiesbaden gestiftet.

Franz Abt

ist einer der Unvergessenen für unsere Männergesangsvereine. Zu seiner Zeit war er einer der größten und erfolgreichsten Komponisten der Männerchormusik. Geboren am 22. Dezember 1819 zu Ellenburg, siedelte er nach einer ruhmreichen Tätigkeit um 1882 nach Wiesbaden über und starb am 31. März 1885 hier selbst. Er ruht in einem Ehrengrab der Stadt Wiesbaden. Sein prächtiges Grabmal ist eine Stiftung der deutschen Sängervereine. Über 3000 Lieder hat er geschaffen. Wir nennen die heute noch oft gesungenen Männerchöre „Die Matinee“, „Sabbatfeier“, „Die stille Wasserrose“, „Bine“, „Waldandacht“ (Frühmorgens, wenn die Hähne krähen), „Über den Sternen“ (Grabchor), „Die drei Gläser“ usw.

In demselben Abteil (am Rondell) befindet sich

Ferdinand Möhring

Grabstätte. Möhring wurde am 18. Januar 1816 zu Alt-Ruppin geboren, wurde 1844 Königl. Musikdirektor und verbrachte seinen Lebensabend in Wiesbaden. Er starb am 1. Mai 1887. Auch sein Grabmal ist von deutschen Sängern gestiftet. Sein Chorstil wird als Vorläufer der Art Fr. Hegars bezeichnet. Von seinen zahlreichen Männerchören führen wir an: „Der Trompeter an der Kahlbach“, „Seligster Traum“, „Wie hab' ich sie geliebt“, „Rheinländer Gruß“ (Preischor vom Gesangswettbewerb 1881 in Wiesbaden), „Das Dichtergrab am Rhein“, „Waldfrieden“ usw. Von den einfacher gehaltenen volkstümlichen Werken wurde sein „Eisen von Caub“ (Es liegt ein Städtlein an dem Rhein) geradezu Gemeingut des deutschen Volkes.

Louis Seibert

Musikdirektor und Komponist, geb. 22. Mai 1833 zu Alzeberg (Rheinland), gest. 29. Juli 1903, fand seine letzte Ruhestätte im Abteil Nr. 33 auf dem gleichen Friedhof. Auch er gab unseren Männerchören manch schönes Werk und schuf Preischöre zu verschiedenen Gesangswettstreiten. Am berühmtesten ist wohl seine „Maienacht“ geworden. Weiter nennen wir

Jahrpreis ist gegen das Vorjahr ermäßigt worden. Neu eingeführt sind von der Köln-Düsseldorfer Städtische Gesellschaft nach dem Siebengebirge (Rad-Honnes-Königswinter). Die Dampfer fahren jeden Montag und Donnerstag 8.35 Uhr ab Wiesbaden-Biebrich, Ankunft in Bad Honnes 15.15 Uhr, Königswinter 15.31 Uhr, Übernachtung nach Wahl in einer der beiden Stationen. Nachmittags bietet sich Gelegenheit zu Siebengebirgsausflügen. Rückfahrt am zweiten Tag 8.15 Uhr von Königswinter oder 8.35 Uhr von Bad Honnes. Ankunft in Wiesbaden-Biebrich 19.36 Uhr. Auf Wunsch kann Unterbrechung in Koblenz stattfinden.

Demonstrationen vor dem Rathaus. Während der gestrigen Stadtverordnetenversammlung am Freitag kam es vor dem Rathaus zu wiederholten Ansammlungen, die ein scharfes Einschreiten der Polizei veranlaßten. Trotz des strömenden Regens hatte sich dort eine große Menschenmenge eingefunden, gegen die die Polizeibeamten energisch einschritten. Besonders vor und in einem Hause der Marktstraße fanden Zusammenkünfte zwischen Polizei und einigen Männern statt. Dabei wurde eine Hausstürze zertrümmert. Ein 19 Jahre alter Elektrotechniker wurde so schwer verletzt, daß er ins Städtische Krankenhaus gebracht werden mußte. Außerdem soll noch ein 61jähriger Mann schwer verletzt worden sein. Mehrere Frauen erlitten infolge der Aufregung Krämpfe und wurden ins Rathaus getragen. Sämtliche Zugangsstraßen waren von Demonstrationen besetzt. Die Anordnungen waren gegen die Herabsetzung der Wohlfahrtsätze gerichtet. Das Überfallkommando war den ganzen Nachmittag über in Tätigkeit und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Von einem abgebrochenen Ast schwer verletzt. Im Distrikt Spethhammer hatte gestern nachmittags ein 20jähriger junger Mensch aus Sonnenberg, der dort Holz holen wollte, einen Baum bestiegen. Plötzlich brach der Ast durch, auf dem er stand. Er fiel zur Erde und wurde von dem ihm nachstehenden Ast am Kopfe getroffen. Mit einer schweren Gehirnerschütterung mußte er vom Sanitätsauto ins Städtische Krankenhaus verbracht werden.

Dienstjubiläum. Am 2. Juli feiert der Vorarbeiter Peter Schneider, Wiesbaden-Waldkröge, Jägerstraße 9, sein 25jähriges Dienstjubiläum am Betriebswerk der Reichsbahn.

Treue Mieter. Familie Kammermüller Fritz Belz (nicht Benz) wohnt am 2. Juli 30 Jahre im Hause Köderstraße 31.

Jugendsonntag der ev. Gemeinde Wiesbaden. Am Sonntag wird in der evangelischen Gemeinde Wiesbaden der Jugendsonntag gefeiert. Um 10 Uhr findet der Gottesdienst der Jugend in der Marktkirche statt. Die Predigt hat Herr Pfarrer Antkes, die Liturgie Herr Pfarrer Lang. Sprechchöre und der aus der Abendgotteswoche hervorgegangene Singkreis wirken bei der Ausgestaltung des liturgischen Teiles des Gottesdienstes mit. Nachmittags um 3½ Uhr ist im Rabengrund eine Festwoche. Ein Laienspiel wird durch die Jugend aufgeführt.

„Am Rhein“ (Wie glüht er im Glase), „Ade, es muß geschieden sein“, „Das Ränzle auf dem Rücken“, „Am Rhein“ (Wenn das Rheingold in der Sonne glüht; der gleiche Text, welchen M. Bruch so hervorragend vertont hat). Seibert leitete u. a. den „Wiesbadener Lehrergesangsverein“ und war auf Gesangswettstreiten ein gesuchter und bewährter Preisrichter.

Nicolai v. Wilm,

Komponist, geboren 1834 zu Riga, starb 1911 in Wiesbaden, wohin er 1878 übersiedelt war. Seine Asche ruht im Urnenhain in der Nähe des Kolumbariums auf dem Nordfriedhof. Als Mitglied der Musikkommission des „Mittelrhe. Sängerbundes“ war er an der Zusammenstellung der Chorsammlung des Bundes „Vorelei“ beteiligt und hat auch einige Bearbeitungen dazu beigegeben, u. a.: „Dein Gedicht“, „Kein Feuer, keine Kohle“, „Mäde, ruh, ruh, ruh“, „Schwesterlein, Schwesterlein“, „Sieh'n zwei Stern am hohen Himmel“, „Im schönsten Wiesengrunde“, „Zu Stralsburg auf der langen Brück“.

Auch des Lehrers und Komponisten

Wilhelm Geis

müssen wir gedenken, der als Chormeister bei seinen von ihm geleiteten Vereinen besonders die gesangliche Leistungsfähigkeit hervorragend förderte. Er ist am 21. Februar 1860 geboren (so viel wir wissen, zu Elz bei Limburg) und am 14. Juli 1916 gestorben. Seine letzte Ruhestätte hat er auf dem Südfriedhof (Abteil 2) gefunden. Geis besaß eine prächtige Tenorsstimme. Die Gesangsvereine verdanken ihm verschiedene Chorwerke, u. a.: „Mein Nassau, mein herrlich Vaterland“, „Seemanns Abschied“, „Frühling“, „Abendfahrt“, „Die Sonne lacht im Westen“, „Mein Mütterlein“, „Hurra! Ihr blauen Jungen“, „Blau Blümlein“ usw. Die größte Verbreitung hat wohl das hübsch gefakte „Wie ich so lieb dich hab“ gefunden.

Und nun noch

Karl Schau,

dessen Gedenkstein am 3. Juli enthüllt wird. Er war am 10. Dezember 1856 in Volfsried (Nassau) geboren und starb am 12. Januar 1929 in Wiesbaden. Aus dem Gebiete des Männergesangs war er, der auch in künstlerischer Weise die Orgel meisterte, eine Kapazität und ein ganz hervorragender Chormeister. Noch in aller Erinnerung steht die erhabene Trauerfeier für ihn, die am 16. Januar 1929 in der Trauerhalle des Südfriedhofs stattfand. Nicht weniger als 44 Sängerkorpsen, einige davon von weither, hatten um den blumengeschmückten Sarg Aufstellung genommen. Die Enthüllung des Gedenksteins wird ein weiteres Zeugnis davon ablegen, daß Karl Schau in dem Gedächtnis unserer deutschen Sängerschaft weiterleben wird. Er hat eine große Anzahl von volkstümlichen Chören und Volksliedbearbeitungen geschaffen, die teilweise in der ganzen Welt gesungen werden. Nur einige Beispiele: „Ich höre ein Vöglein pfeifen“, „Drei Augenblicke“, „Klein vom Rhein“, „O süße Heimat“, „Heimweh“, „Die Lore vom Rhein“, „Ein Traum“, „Amfel im Walde“, „Es blies ein Jäger wohl in sein Horn“ (letzteres wird beim 11. Deutschen Sängerbundestag in Frankfurt a. M. durch den Sängerbund Nassau zum Vortrag gebracht). Von größeren Chorwerken seien erwähnt: „Ostergesang“, „Gebet vor der Himmelschloß“, „Abschied vom Elternhaus“, „Sonntags am Rhein“, „Maienacht“.

Außer den Vorgenannten sind auf den Wiesbadener Friedhöfen noch eine Anzahl Komponisten beigesetzt, die aber weniger zu unserem Männerchorgesang Beziehungen hatten und sich auf anderen musikalischen Gebieten betätigten. Ihre ihrem Andenken!

Wiesbaden-Biebrich.

40jähriges Dienstjubiläum.

Direktor Paul Weller von der Thonwerk Biebrich, Aktiengesellschaft, Schamottefabrik, Wiesbaden-Biebrich konnte sein 40jähriges Dienstjubiläum begehen. Im Laufe der langen Jahre seiner Tätigkeit hat Herr Weller die Gesellschaft aus kleinsten Anfängen zu dem Ansehen gebracht, das sie heute in der deutschen Schamotteindustrie genießt.

25 Jahre Bahnhof Biebrich-Ost.

Ende Juni 1907 wurde an der ehemaligen Station Kurve das neue Bahnhofgebäude, das von da an den Namen „Biebrich-Ost“ führte, in Betrieb genommen. Gleichzeitig mit dem Bau des neuen Stationsgebäudes ist auch damals eine Reihe von Privatbauten in Angriff genommen worden. Bisher befand sich an der Station Kurve außer dem Dienstgebäude nur eine Wirtschaft.

Wiesbaden-Sonnenberg.

Der Männergesangsverein „Concordia“, Wiesbaden-Sonnenberg, singt am 3. Juli, vormittags 8.15 Uhr, im Südwelt unter Leitung seines Dirigenten Chormeister R. Simons Chöre von Schubert, Haydn, Widenhofer, Anab, Thuille, Mendelssohn, v. Othegarten und Mendelssohn.

Vorberichte

über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

* **Kurhaus.** Das Abendkonzert des Städtischen Kurorchesters am Sonntag von 20-22 Uhr unter Leitung des Kapellmeisters Herbert Albert ist als „Lehar-Strauß-Abend“ vorgesehen. — **Udan Shan-Kar** und die berühmten Indier werden am 4. Juli im Kurhaus mit einem fast neuen Programm auftreten. Besonders wird der Tanz des „Schlangenbesäuerers“ von Udan Shan-Kar selbst, und der Vortanz des zweiten Tänzers Debendra interessieren. Zur Wiederholung wird u. a. gelangen das große archaische Tanzdrama Tandava Krittika, das schon bei dem ersten Gastspiel Shan-Kars höchste Bewunderung bei den Zuschauern auslöste. — Der Gesellschaftspaziergang der Kurverwaltung am nächsten Dienstag geht nach dem Weiburger Tal (Rheinblick). Treffpunkt 14.30 Uhr am Haupteingang des Kurhauses.

* **Das Juli-Programm der Kurverwaltung** sieht an besonderen Veranstaltungen vor: 2. Juli: 20 Uhr Illumination des Kurgartens, 21.30 Uhr Tanz im Freien; 4. Juli: Gastspiel Udan Shan-Kar mit Simile und einem Hindu-Orchester; 3. Juli auf dem Festplatz „Unter den Eichen“ Sonderveranstaltung des Gues 1 im Sängerbund „Nassau“: „2000 singen“; 7. Juli: Rheinfahrt nach Rüdesheim und Hermannshausen; 9. Juli: Großes Feuerwerk; 12. Juli: 16 und 20 Uhr: Bellachini mit seiner großen Zaubervorstellung; 13. Juli, 20 Uhr: Militärkonzert (Armeemarsch-Abend); 14. Juli,

9.30 Uhr: Autofahrt mit Führung durch berühmte Kunst- und Kulturstätten Nassaus; 16. Juli, 20 Uhr: Illumination des Kurgartens, 21.30 Uhr: Tanz im Freien; 21. Juli, 9.30 Uhr: Rheinfahrt nach Rüdesheim und Hermannshausen, 20 Uhr: Lustiger Abend Joseph Plaut; 23. Juli, 20 Uhr: Großes Feuerwerk; 25. Juli, 20 Uhr: Illumination des Kurgartens, 21.30 Uhr: Tanz im Freien; 27. Juli: Konzert des Marine-Orchesters des Deutschen Flottenvereins. — **Voranzeige für August:** Vom 12.-15. August: „Im Farbenspiel der deutschen Gladiatoren“.

* **Nassauischer Kunstverein.** Die Ausstellung „100 Jahre später“ wird des großen Interesses halber, welches sie in allen Kreisen erregt, bis Ende Juli verlängert. Noch nachträglich ist es gelungen, ein bedeutendes und für die Goethezeit sehr charakteristisches Familienbild von J. F. A. Tischbein der Ausstellung einzugliedern.

Aus dem Vereinsleben.

* Der „**Tannenbergbund**“ (Kampfgruppe Wiesbaden) hielt am 30. Juni, abends, im Restaurant Turnerbund, Schwalbacher Straße, eine Versammlung ab. Herr Schreiber-Wiesbaden sprach über „Die geistigen Aufgaben des Tannenbergbundes“. Als zweiter Redner sprach der Kampfgruppenführer Pfaff über das Thema „Deutschland in schwerster Schicksalsstunde“. Die Ausführungen der beiden Redner wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

* Der MGB „**Union**“ (C. A.) hält am Sonntagmittag auf dem Heselberg ein Bild ab.

Der Frankfurter Etat abgelehnt.

Der Magistrat wird trotzdem nach ihm verfahren.

— **Frankfurt a. M., 1. Juli.** Der Haushaltsplan der Stadt Frankfurt a. M. ist in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit 35 gegen 33 Stimmen abgelehnt worden. Dafür hatten gestimmt die Sozialdemokraten, größere Teile des Zentrums und die Arbeitnehmergruppe, geschlossen dagegen die Nationalsozialisten und Kommunisten aus grundsätzlichen Erwägungen, die bürgerlichen Parteien der Mitte (Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, Demokraten, Wirtschaftspartei) weil in einer vorausgegangenen Abstimmung die Bürgersteuer namentlich von sozialdemokratischer Seite abgelehnt worden war und dadurch nach Ansicht dieser Parteien ein nicht ausfüllbares Defizit entstanden ist. — Stadtkammerer Dr. Lehmann erklärte nach der Abstimmung einem Vertreter des MGB, daß auf Grund der Notverordnung der Magistrat nunmehr nach dem von ihm vorgelegten Etatsentwurf verfahren werde, daß er aber auf die während der Beratung von den Stadtverordneten geäußerten Wünsche insoweit eingehen werde, als es die Kassenlage der Stadt Frankfurt a. M. gestatte und soweit Deckung für diese Wünsche vorhanden sei.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

14 Paddelboote verbrannt.

— **Vampertheim, 1. Juli.** Anscheinend durch Brandstiftung wurden 14 in einem Schuppen liegende Paddelboote vollkommen vernichtet.

Blitzschläge.

— **Elz bei Limburg, 1. Juli.** Ein Blitzstrahl, der glücklicherweise nicht zündete, traf die hiesige Kath. Kirche. Er fiel am Blitzableiter des kleinen Turmes entlang, sprang dann aber auf das Chorschiff über, wo er ein großes Loch in die Mauer riss. Teile des Berpukes wurden weit weggeschleudert, während andere Teile im Kircheninnern verstreut wurden. Leute, die in der Kirche weilten, kamen mit dem Schrecken davon. Auch an anderen Häusern des Ortes machten sich Blitzschläge bemerkbar. Einschläge in die Leitung führten zu Störungen der Stromversorgung und dadurch zu Stilllegungen verschiedener Gewerbetriebe.

— **Dehen (Lahn), 1. Juli.** Hier schlug der Blitz in eine Schafherde und tötete fünf Tiere.

!! **Kahlätten, 1. Juli.** Das letzte Unwetter hat in den umliegenden Ortschaften recht erheblichen Sach- und Personenschaden angerichtet. Teilweise war daselbst mit Hagelschlag verbunden, der sich besonders in den Gärten und an den Obstbäumen schädigend auswirkte. Den größten Schaden richtete der wolkendruchartige Regen in den Feldern an. In Holzhausen schlug der Blitz mehrmals innerhalb des Ortes ein, ohne jedoch zu zünden. So traf der Blitz die Scheune eines Landwirts und zersplitterte das Holzwerk des Daches, ebenso einen Teil der Giebelmauer. Auch die Licht- und Telefonleitung wurde teilweise außer Betrieb gesetzt.

Vom Goldbergbau im Ebertal.

— **Wenddorf, 1. Juli.** Bei einem Schachtbau des hiesigen Goldbergwerks mußten dieser Tage die Arbeiten eingestellt werden, weil man unerwartet auf eine Quecksilberspalte stieß und sich die Arbeiter nicht mehr unter Tage aufhalten konnten. Bei einem Arbeiter trat sogar plötzliche Bewußtlosigkeit ein. Um weiterarbeiten zu können, müssen erst Schutzapparate beschafft werden.

— **Halgarten i. Rhg., 1. Juli.** Die 17jährige Schülerin Anna Menges befand sich mit ihrem Rad auf dem Wege nach Hattenheim. Auf der abschüssigen Chaussee vor Schloss Reichartshausen rannte sie mit voller Wucht gegen die etwa ein Meter hohe Mauer, die am Bahnwärterhaus quer errichtet ist, und wurde im großen Bogen auf die Straße geschleudert, wo sie bewußtlos liegen blieb. Sie wurde in bedenklichem Zustand ins Eltviller Krankenhaus verbracht.

— **Mittenberg, 1. Juli.** Der Raminkehrermeister Wilhelm Franz, der in Weibach gearbeitet hatte und sich auf dem Heimweg begeben wollte, hatte sich auf der Straße zwischen Weibach und Amorbach an einen Lastkraftwagen angehängt. Er kam dabei zu Fall und der Anhänger des Lastkraftwagens ging über den Unglücklichen hinweg. Mit schweren Verletzungen wurde Franz in das Krankenhaus Amorbach gebracht, wo er im Laufe des Nachmittags gestorben ist.

— **Kirchheim, 1. Juli.** In Groß-Seelheim brannte das Wohnhaus des Wagners Hesse bis auf die Grundmauern nieder. Die Feuerwehr mußte sich auf den Schutz der umliegenden Gebäude beschränken. Die Brandursache ist noch ungeklärt.

— **Offenbach, 1. Juli.** Einen ungemein gefährlichen Streich unternahmen hier zehn junge Leute, die gestern nachmittags an der Rumpenheimer Schleuse badeten. Sie versuchten die Schleusentore zu öffnen, was zur Folge gehabt hätte, daß die vielen Bädenden in Lebensgefahr geraten wären. Als ein auf der Schleuse anwesender Regierungsbauführer die jungen Leute erwarnte, bewarfen sie ihn mit Steinen. Als das alarmierte Überfallkommando erschien, ergriffen die Übeltäter die Flucht, doch gelang es zwei von ihnen zu fassen und ihre Personalien festzustellen.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Konkurrenzkampfauswüchse. — Steuererhöhungen und Gewinnrückgang. — Erstickliche Hypotheken und Versteigerungserlöse. — Petroleum, Gas, Elektrizität. — Luxusindustrie und Wirtschaftskrise.

Der Konkurrenzkampf ist nicht ein Nachteil, sondern gerade ein Vorteil der freien, sogenannten kapitalistischen Wirtschaft. Durch keine staatlichen Eingriffe, sei die Regierungsmacht noch so groß und der gute Wille, ihre Anforderungen auszuführen, noch so stark, läßt sich ein rationelleres und wirtschaftlich gerechteres Verhalten und Ausgleichen erreichen, als es auf dem freien Markt sich ganz von selbst vollzieht. Für die Wirtschaftswissenschaft ist es ja keine Frage, daß die Weltwirtschaft allen möglichen Beschränkungen ist, weil die Weltwirtschaft allen möglichen Beschränkungen — Zollmauern, Einfuhrverbote, Einfuhrkontingente, Devisenbeschränkungen und die Reparationszahlungen (als einseitige Leistungen ohne Gegenwert) — unterworfen wurde, so daß die kaufmännische Initiative auf sich nehmende Hindernisse läuft, während in der wirklich freien Wirtschaft auf den Tiefpunkt einer Krise ganz von selbst wieder der Aufschwung kommen muß.

Die vielfachen staatlichen Eingriffe erfolgten aus dem Bestreben heraus, die Auswirkungen der Weltkrise zu mildern, wodurch vielleicht ein scharfer Abstieg vermieden werden konnte, andererseits aber auch der Eintritt des Umsturzes und das Tempo der Erholung verlangsamt wird.

Viele Maßnahmen, besonders die Einfuhrbeschränkungen, entsprechen volkswirtschaftlichen Theorien, die seit fast hundert Jahren allgemein als falsch erkannt sind und als längst verpöblich gelten. Das war die Ansicht, daß es dem Nachbar schlecht gehen müsse, wenn es einem selbst gut gehen soll. In der großen liberalistischen Periode, die der Welt den wirtschaftlichen Aufschwung gebracht hatte, der durch den Weltkrieg jäh unterbrochen — und im Laufe der letzten Jahre zurückgeworfen — wurde, hatte man erfahren, daß es besser ist, wenn es auch dem Nachbar gut geht, denn dann steigen die Umsätze, mit ihm Geschäfte machen zu können, die dem eigenen Lande zusätzlichen Einkommen bringen. Nun muß man aber manche Beschränkungen der letzten Zeit nicht als eine Aufgabe der bewährten Wirtschaftslehren ansehen, sondern vielmehr als Gegenmaßnahmen, die gerade den Weg zu einer Verständigung über die spätere Aufhebung vorbereiten sollen. Im großen ist die freie Konkurrenz zur Zeit fast ausgelöscht. Im kleinen aber spitzt sich der Konkurrenzkampf mit zunehmender Arbeits- und Austauschbeschränkung zu. Ein drastisches Beispiel hierfür liefern die fast täglich an der Ruhrort Schifferhöfe zu verzeichnenden Vorkommnisse. Die holländischen Schiffer sind in zwei Lager gespalten. Die eine Gruppe ist dem „Verkaufstontor“ angeschlossen, das Kartellpreise fordert. Die andere Gruppe besteht aus den nicht organisierten Schiffern, die sich auf dem freien Markt mit dem Auftraggeber über die Frachtkosten einigen.

Diese freien Schiffer werden seit einiger Zeit so terrorisiert, daß sie kaum noch wagen, ohne polizeilichen Schutz ihr Gewerbe auszuüben. Nicht nur die Überfälle und Mißhandlungen an Land haben sich gehäuft, sondern sogar in Fahrt befindliche Schiffe wurden angegriffen. So wurde ein Schiff, als es unter einer Brücke durchfuhr, von dort aus mit einem Hagel von Besatzsteinen bombardiert.

Mit solchen Methoden soll sich nun der Konkurrenzkampf nicht vollziehen. Noch besteht in Deutschland die Gewerbefreiheit, unter deren Geltung ein Terror gegen den Konkurrenten strafbar ist.

Aber das Verhältnis zwischen den im Laufe der letzten Jahre erfolgten Steuererhöhungen und dem gleichzeitig eingetretenen Gewinnrückgang gibt der Geschäftsberichter der Leonhard Tieh-AG. eine interessante Übersicht. Die Steuern und sozialen Lasten machten bei diesem Unternehmen 1927: 3,54 Proz. dem Umsatz aus; 1928: 3,51 Proz.; 1929: 3,38 Proz.; 1930: 3,93 Proz. und 1931: 4,76 Proz. Zeigt sich hier eine stark steigende Tendenz, besonders im Jahre 1931, so gingen im selben Zeitraum die Gewinne in ungefähr gleichem Verhältnis zurück. Der Reingewinn betrug 1927: 2,75 Proz. des Umsatzes; 1928: 2,44 Proz.; 1929: 2,49 Proz.; 1930: 1,80 Proz. und 1931: 1,31 Proz. Im laufenden Jahre wird dieses Verhältnis noch ungünstiger werden, da sich dann erst die ab 1. Januar von 1,33 Proz. auf 2,5 Proz. erhöhte Umsatzsteuer auswirken wird. Das Unternehmen, das mit einem Jahresumsatz von 206 Millionen RM in 1930 und 179 Millionen RM in 1931 doch einen guten Überblick über die Lage der Warenhäuser hat, benutzt übrigens die genannten Zahlen, um zu beweisen, daß weitere Sondersteuern, wie sie von den Kleinbetriebern des Einzelhandels für die Groß- und Filialbetriebe gefordert werden, garnicht mehr nötig ist.

Wenn man von dem Reingewinn aus 1931 von 1,31 Proz. des Umsatzes die neue Umsatzsteuererhöhung von 1,15 Prozent abzieht, so bleibt nur noch ein Reingewinn von 0,16 Prozent des Umsatzes.

Diese Zahl gibt einen Anhaltspunkt für die Gewinnaussichten der Warenhäuser in 1932, wenn es ihnen nicht etwa gelingt durch Sparmaßnahmen usw. das Ergebnis zu bessern. Für neue Steuern scheint dagegen recht wenig Platz zu sein. Der Konkurrenzkampf des kleinen Einzelhandels gegen seine großen Kollegen ist verständlich, wenn in der Periode des wirtschaftlichen Tiefstandes die auf ein Minimum gesunkene Kaufkraft die billigsten Einkaufsmöglichkeiten sucht und dabei die Qualität weniger berücksichtigt. Mit einer Überbesteuerung der Warenhäuser ist das Verteilungsproblem nicht zu lösen. Ganz abgesehen davon, daß in den Großbetrieben des Einzelhandels doch auch Hunderttausende von Angestellten beschäftigt sind, die sich nicht von heute auf morgen umstellen oder in den kleinen Betrieben Arbeit finden könnten. Daß die Bedeutung der Warenhäuser innerhalb der Warenverteilung meist gewaltig überschätzt wird, und daß der Kleinbetrieb und das Spezialgeschäft immer noch — trotz Krise und niedriger Kaufkraft — den weitaus größten Prozentsatz des Handelsumsatzes in Deutschland auf sich vereinigt, wurde bereits früher an dieser Stelle zahlenmäßig dargelegt.

Der Rückgang der Grundstückspreise in Deutschland, der in der Hauptsache der steuerlichen Überlastung zuzuschreiben ist, stieg von Jahr zu Jahr. Die der Stabilisierung der Mark gefolgte Erhöhung der damaligen ersten Reichsmarkbewertungen ist längst wieder verloren gegangen. Wenige Grundbesitzer sind in der glücklichen Lage, aus ihrem Eigentum noch eine Rente herauszuschöpfen zu können. Groß ist die Zahl derer, bei denen die Einnahmen und Ausgaben gerade so ausgehen, nachdem die notwendigen Unterhaltungsarbeiten, die nach Krieg und Inflation besonders dringend sind, gemacht wurden. Diese Gruppe des Haus-

besitzes zieht zwar aus ihrem Besitz keine oder wenigstens keine irgendwie wesentliche Rente, es handelt sich bei ihr aber vor allem um solche Kreise, die ihr altes Eigentum so lange es geht erhalten wollen und daher auf bessere Zeiten warten. An einen Verkauf von Grundstücken ist auch, von Ausnahmen, die besonders bei Geschäftsgrundstücken oder Einfamilienhäusern noch einen kleinen Gelegenheitsmarkt gelassen haben, garnicht zu denken. Zu der dritten Gruppe von Grundbesitzern aber gehören die, deren Immobilien große Wohnungen enthalten (die, wenn sie noch dazu altmodisch sind und moderne Ansprüche nicht befriedigen, fast unvermietbar sind) oder mit Hypotheken überlastet sind. Manches Objekt schien vor einigen Jahren noch eine nachstellende Hypothek zu vertragen, das heute für dieselbe keine Sicherheit mehr bietet. Diese Verhältnisse sind ja im großen und ganzen bekannt. In der Beurteilung dieser Entwicklung auf dem Grundstücksmarkt ist man aber in letzter Zeit oft zu weit gegangen. Der allgemeine Pessimismus glaubte sogar die erstgestellten Hypotheken gefährdet. Dies hat sich aber glücklicherweise als völlig unbegründet herausgestellt. Der Gegenwert von Grundstücken, bestimmte Prozentsätze der Gutshaben bei den Sparbanken werden bekanntlich in erstgestellten Hypotheken angelegt. Dadurch wird nicht nur dem einzelnen Sparer die Sorge und Arbeit einer eigenen Kapitalanlage abgenommen, sondern — und dies ist ganz besonders wichtig — das Risiko wird gleichzeitig verteilt. Der Sparer, der bei eigenem Ausleihen seines Geldes aus irgend einem Grunde selbst bei einer von ihm für gut gehaltenen Hypothek Verluste erleiden könnte, vermindert dieses Risiko auf Null, wenn er indirekt als Pfandbriefbesitzer oder Kunde der Sparkasse einen Anteil an zehntausenden von sorgfältig geprüften erstgestellten Hypotheken hat. Die größte der privaten Hypothekenbanken, die „Deutsche Centralbodenkredit-AG.“ in Berlin, teilt in ihrem Geschäftsbericht mit, daß bei den Zwangsversteigerungen von Grundstücken im 1. Vierteljahr 1932, auf denen sie Hypotheken hatte, immer noch solche Meistgebote abgegeben wurden, daß die erste Hypothek nur 71 Prozent des Meistgebotes ausmachte, also noch ein Spielraum zwischen Hypothek und Meistgebot von 29 Prozent des letzteren vorhanden war. Dies zeigt deutlich, daß die Inkassohypotheken so vorsichtig ausgeschrieben sind, daß für deren Güte keine Bedenken zu bestehen brauchen.

Bei der im Regierungsbezirk Wiesbaden arbeitenden öffentlichen Anstalt, der Nassauischen Landesbank und Nassauischen Sparkasse, betragen die ausgeliehenen Hypotheken auf Grundstücke, die zur Zwangsversteigerung kamen, sogar nur 61 Prozent des Versteigerungserlöses, so daß hier eine Überdeckung von 39 Proz. vorhanden ist, die eine Sicherheit selbst für den Fall gewährt, daß sich die Grundstückspreise noch weiter rückgängig bewegt hätten. Daß zur Deduktion der erstgestellten Hypotheken nur 61 Prozent des Versteigerungserlöses notwendig waren, konnte nur durch die vorsichtige Beleihung der Grundstücke mit etwa 38 Prozent des Tagwerthes erzielt werden! Die Versteigerungen hatten nur 62 Prozent Tagwerthes gebracht.

Als das Petroleumlicht durch Gasbeleuchtung ersetzt wurde, da war man allgemein der Ansicht, die Erdölindustrie gehe ihrem Ende zu. Die Entwicklung hat das Gegenteil erwiesen. Die Befürchtungen für das Schicksal der Erdölproduktion waren nicht nur grundlos, es zeigte sogar ein neuer Aufschwung in dieser Industrie ein. Die Bedeutung des Erdöls für die Treibstoffindustrie — und umgekehrt! — ist eine ganz gewaltige, sie geht weit über die ehemalige Wichtigkeit des Leuchtpetroleums hinaus. Eine ähnliche Entwicklung scheint jetzt auch das Gas durchzumachen. Als dieses das Petroleumlicht verdrängt hatte, glaubte man das „Leuchtgas“ sei das Beleuchtungsmittel der Zukunft, an die anderen Verwendungsarten dachte man weniger. Mit dem Aufkommen des elektrischen Lichtes wurde das Gas als Lichtquelle schnell in den Hintergrund gedrängt, aber da zeigte sich, — genau wie vorher beim Erdöl, — daß die Bedeutung des „Leuchtgases“ auf anderen Gebieten erst im zunehmenden Maße war. Die Gaswerke sind ja auch seit längerem befreit durch Verteilung von Zeitchriften, durch Vorträge usw. die vielseitige Verwendungsmöglichkeit des Gases zu zeigen. Nicht nur in industriellen Betrieben zur Heizung von allen möglichen Spezialöfen, sondern auch im Haushalt hat sich das Gas neben der Kohle als Heizungsmitte eine wahnsinnige Bedeutung gesichert. Der Optimismus, dem Generaldirektor Dr. Frank, der Aufsichtsratsvorsitzende der Thüringer Gas A.-G., in deren Generalversammlung dieser Tage Ausdruck gab, ist daher nicht unbegründet:

Es erscheint unzweifelhaft, daß die Verwendung des Gases zu gewerblichen und industriellen Zwecken, die noch in ihren Anfängen steht, der Abgasentwicklung noch weiten Raum läßt.

Unter der Wirtschaftskrise muß natürlich die Luxusindustrie am ersten und härtesten leiden. Dies zeigt sich in großem Umfange bei der deutschen Spielwarenindustrie, deren Lage sich von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat verschlechtert. Die Leipziger Frühjahrsmesse, die von maßgebender Bedeutung für diese auf den Export angewiesene Industrie ist, war in diesem Jahre ein völliger Mißerfolg. Während früher ein Drittel der deutschen Spielwarenproduktion nach England ging, kommt dieses Land als Abnehmer garnicht mehr in Frage. Eine Zollbelastung von etwa 70 Prozent des Warenwertes, wie sie unter Einbezug der Wundentwertung bei einem Export nach England zu tragen wäre, ist für Spielwaren ein Ding der Unmöglichkeit. Frankreich, das 1931 noch 30 000 Zentner deutsche Spielwaren bezog, hat bei seiner Kontingentierungspolitik auch diese nicht vergessen und für 1932 nur eine Einfuhr von etwa 10 000 Zentner erlaubt.

Gegenüber einer Jahresproduktion von 220 Mill. RM im Jahre 1927 wird die deutsche Spielwarenindustrie im Jahre 1932 noch kaum 100 Mill. RM Jahresproduktion erzielen können. Nur etwa 15 Prozent der Spielwarenfabriken soll zurzeit noch Arbeit haben!

Zahlreiche Firmen haben ihre Betriebe ganz geschlossen, andere arbeiten stark verkleinert. Die erzielbaren Verkaufspreise sind zudem so niedrig, daß auch bei den noch arbeitenden Betrieben von Gewinnmöglichkeiten keine Rede sein kann. Der deutsche Inlandsmarkt, der etwa die Hälfte der Spielwarenproduktion aufnimmt (bzw. früher aufnahm) hat höchstens noch eine Nachfrage nach ganz billigen Spielwaren zu verzeichnen.

Sport und Spiel.

Fußball.

Saisonabschluß.

Heute Samstag wird die Fußballsaison 1931/32 mit den letzten Spielen abgeschlossen. Ab morgen Sonntag, 3. Juli, läuft die Sperre bis zum 30. d. M. Sämtliche süddeutschen Vereine werden also ihre Mannschaften mit Ausnahme der Jugend- und Schülerabteilungen, deren Spielbetrieb erst am 15. Juli endigt, in die Ferien schicken. Am letzten zur Verfügung stehenden Spieltag werden jedoch noch einmal zahlreiche Begegnungen abgepflegt. Überall ist man eifrig bemüht, neue Kräfte zu erproben oder die Einheiten neu zu formieren, denn bereits am 7. bzw. 14. August beginnen in sämtlichen süddeutschen Gruppen wieder die Verbandsspiele. Im Bezirk Rhein-Hessen steigt das Spiel der Spiele, Eintracht — FSV Frankfurt, das seine Zugkraft nicht verfehlen sollte. Bekanntlich hat der Bornheimer Verein den süddeutschen Meister bei der letzten Begegnung mit 2:0 abfertigen können. Der Eintrag wird darum an einer Revindierung des Ergebnisses sehr gelegen sein. Die Partien gewinnen jedoch noch an Interesse, als es um vergangene Mitbewerber des FSV gelang, den erstmaligen Rot-Weiß mit 3:0 (0:0) abzufertigen. Die Offenbacher Kickers verlieren in Mainz, BSG. Rombach stellt sich dem BSK. Weisenau, während das Trainingspiel FSV 1905 Mainz gegen SK. Korbheim mit einem sensationellen 2:1-Sieg der unter D. Belsk. stehenden Korbheimer endete, nachdem diese im Vorspiel mit 1:7 den Kürzeren gezogen hatten.

Auch im übrigen Süddeutschland sowie im Reich werden noch zahlreiche Gesellschaftsspiele durchgeführt, in der Gruppe Rhein wird außerdem noch das letzte Aufstiegsspiel Sportfreunde Frankfurt — Germania Driestel ausgetragen.

Wiesbadener Spiele.

Auch am hiesigen Plage wird der letzte Spieltag von den einheimischen Vereinen noch einmal kräftig ausgenutzt. Dem Publikum wird heute Gelegenheit gegeben, für eine ganze Anzahl zugkräftiger Treffen sein Interesse zu bekunden.

SK. Wiesbaden kommt. — FSV. 1908 Schierstein.

Zunächst hat eine kombinierte Elf des Sportvereins den Rheingauemeister und 3. Groß-Wiesbadener Ligaveren FSV. 1908 zu Gast. Diese Begegnung gewinnt infolge an Reiz, als auf Seiten des FSV. erstmalig der mehrfache deutsche Internationale Kutterer von der deutschen Meisterelf Bayern München, ferner der tüchtige Linksaußen L. L. d. a. von Mannheim-Käfertal, sowie der ehemalige Schiersteiner Mittelstürmer Groß mitwirken werden. Die FSV-Kombi. nation weist folgende Aufstellung auf:

Wolf; Vogl, Debus; Neumann, Groß, Dinn; Schulmeier, Kahl, Kutterer, Kraus, Bölsch.

Scholz (früher Rot-Weiß Frankfurt) ist für den FSV. noch

SVgg. Riders — SK. Korbheim.

Mit dem Engagement des SK. Korbheim dürften auch die Riders einen guten Griff getan haben. Die Gäste, die in der Wiesbadener Kreisliga eine hervorragende Rolle spielen, haben unter D. Belsk. Training glänzende Fortschritte gemacht, wie z. B. der kürzliche Sieg über den Bezirksligameister FSV. 1905 Mainz am deutlichsten beweist. Best wird in Wiesbaden seinen Angriff führen. Dem ist genügend Garantie für ein hochwertiges Treffen gegeben, das verhältnismäßig günstig zu absolvieren der Riderself höchster Erfolg sein muß. Das Treffen findet um 7 Uhr auf dem Kirschgeld (Egerplatz) statt.

Auch der Polizei-Sportverein tritt noch einmal in Aktion, und zwar hat er heute abend um 8.30 Uhr eine kombinierte Mannschaft des Ligaveren SK. Dohheim auf dem Platz in der Polizeistadt Gersdorffstraße zu Gast. Man wird gespannt sein dürfen, wie sich die Polizisten, die seit längerer Zeit wieder ihr erstes Spiel absolvieren, gegen die spielstarke Gäste durchsetzen werden, zumal die Polizei auf ihren Torhüter Bape und den Linksaußen Kuehling verzichten muß. Aufstellung: Thirolf; Michel, Stein; Jaspers, Herbert, Deub; Bahr, Hoffmann, Franke, Hamm, Art.

SK. Rassa begibt sich heute nach Mainz, um gegen die dortige Hertha ihr letztes Spiel vor der Sperre auszutragen. Treffpunkt um 4.30 Uhr am Hauptbahnhof.

Wiesbadener Jugend: Die Mannschaften des Sportvereins sind spielfrei. Die A-Jugend des Sportclubs Rassa trägt gegen FSV. 1902 Biedrich ein Freundschaftsspiel aus. Die B-Jugend empfängt am Sonntagvormittag 10.30 Uhr auf dem Platz an der Gersdorffstraße die 1. Jugend aus Rönigshofen. Vorher, um 9.30 Uhr, spielen dortselbst die Schüler gegen die gleiche Einheit des SK. 1919 Biedrich, die im Vorspiel 3:1 geschlagen worden konnte. Riders 1. Jugend empfängt um 3 Uhr auf dem Kirschgeld an der Gersdorffstraße die 1. Jugend des SK. Breitenheim. Die 1. Jugend des SK. 1919 Biedrich endlich hat um 9.15 Uhr auf dem Dohdorffplatz mit der Jugend der Spielvereinigung ein Freundschaftsspiel vereinbart.

Letzte Ergebnisse: FSV. Frankfurt — SK. Rot-Weiß Frankfurt 3:0; Stadler Wien — Austria Wien 2:3; Stadler Wien — Aarhus (Dänemark) 5:0; Polizei-SK. Chemnitz — SK. Dresden 2:3; Hertha Berlin — Viktoria Berlin 6:3 (1). Mitropa, Pöchl — Vienna Wien — Ujpest Budapest 5:3; Admira Wien — Sparta Prag 1:0 (Vorspiel 3:0 für Sparta).

Der Soldat ohne Frieden.

Das phantastische Schicksal des Obersten Bauer / Von Hans Vertun.

3. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Erzherzog A kommt zu Bauer.

Einer der höchsten lebenden Habsburger, Erzherzog A kommt nach Wien; zwischen ihm und dem Obersten findet eine Zusammenkunft statt, die der Beginn einer engen, bis zum Tode dauernden Freundschaft wurde. Den Obersten Bauer umgab zu dieser Zeit ein schon fast magischer Glanz. Die Ruhe, die von ihm ausging, die Sicherheit und Bestimmtheit seines Wesens, die sich in seltsamem Kontrast zu der Unsicherheit seines Daseins gesteigert hatte, vermittelte auf den ersten Blick den Eindruck einer Persönlichkeit. Seit seiner Flucht aus Potsdam hat sich der Oberst zahlreiche sehr hochstehende Freunde geschaffen und ihre Zahl schwillt in Zukunft noch beträchtlich an. Fast alle diese Freundschaften kamen auf den ersten Blick, an einem Tag oder in einer Nacht zustande. Forcht man nach den Gründen, so findet sich neben vielem anderen eines: die Bewunderung einer eigenartigen aktiven Kraft, nach der die Sehnsucht in diesen Kreisen seit 1918 stärker ist als je.

In Wien zieht Bauer Männer wie Priem und den Hofrat Wicht zu sich herüber. Die österreichische Heimwehr wird nach einem richtigen strategischen Organisationsplan ausgebaut. Im Herbst 1923 hatte Bauer die Überzeugung, daß die Organisation auf festen Füßen stünde. Jetzt hielt es ihn nicht mehr länger. Er wollte weiter.

Trotsky schickt einen Gardeoffizier.

Im Herbst 1923, als die Heimwehren in Wien fest gegründet waren und der Oberst Bauer sich nach einer neuen schöpferischen Tätigkeit zu sehnen begann, als die Aufgabe für ihn in Wien gelöst war, taucht eines Tages in seiner Wohnung der russische Gardeoffizier Wiskupsky auf, den er schon von München her kannte. Die Stellung des Gardeoffiziers, seine Mission in Westeuropa ist verschwommen und unklar. Bauer erinnert sich an den Namen Wiskupsky, er weiß, daß er an der vordersten weißrussischen Front gegen die Sowjets kämpfte. Als die Konterrevolution zusammenbrach, verschwand Wiskupsky wie die meisten weißrussischen Offiziere von der Bildfläche. Jetzt erscheint er plötzlich in Wien. Er führt den kaiserlich russischen Staatsrat Müller beim Obersten Bauer ein. Müller hat unter dem Zarismus in der politischen Geheimpolizei und in anderen hohen kaiserlichen Ämtern eine wichtige Rolle gespielt. Wiskupsky und Müller

bringen eine überaus seltsame Botschaft: kein anderer als Trotsky läßt den Obersten Bauer ein, nach Moskau zu kommen. So erlebte Oberst Bauer persönlich, was er bisher nur gerüchtwiese wußte: Daß sich die Macht-haber der Sowjets zu ihrer unterirdischen Verbindung mit Westeuropa ehemaliger hoher Offiziere und hoher Staatsbeamten des zaristischen Regimes bedienen.

Wird Oberst Bauer dem Ruf nach Moskau folgen? Sein brennendes Interesse hat schon seit langem Rußland gegolten. Vor dem Kriege ist er im Auftrage des Generalstabs als Spion in Rußland gewesen. Als Holzhändler hat er zum Teil unter romantischen Abenteuern das Land durchstreift. Sein Entschluß steht sofort fest. Für November 1923 sagt er nach Moskau zu. Zunächst will er sich erst drei Monate lang studienhalber bei Trotsky aufhalten.

Trebijsch-Lincoln hat geschrieben.

An einem der letzten schönen Herbsttage sitzt der Oberst mit Fräulein Engeler in seiner Wohnung am Frühstückstisch. Draußen liegt eine herrliche Landschaft vor dem Blide ausgebreitet, auf dem Fensterbrett stehen Blumen, Kalteen. Alles atmet Frieden. Aber der Oberst Bauer spürt keinen Frieden, die Ruhe ist für ihn nur trügerischer Schein. Er spricht eifrig von Moskauer Plänen.

Die Post wird gebracht. Alle Briefe kommen über Tübingen, dort wo sich der Verlag befindet, der Bauers Buch herausgegeben hat. Sein Aufenthaltsort muß streng geheim gehalten werden. Der Oberst wirft einen Brief, den er soeben gelesen hat, über den Frühstückstisch Fräulein Engeler zu. Der Umschlag trägt seltsame Stempel und ist geradezu verklebt mit fremden Marken. „Ein Brief aus China von Trebijsch-Lincoln!“ sagt er. Fräulein Engeler bleibt der Mund offen stehen. Seit drei Jahren, seit man sich in Budapest trennte, ist Trebijsch-Lincoln wie vom Erdboden verschwunden. Jetzt schreibt er, er sei in China und befinde sich in nächster Umgebung der regierenden Generale. Man brauche hier einen tüchtigen deutschen Berater, und seiner Meinung nach läme kein anderer dafür in Frage als der Oberst Bauer. Die chinesische Regierung bitte ihn hierdurch, nach China zu kommen. Er selbst reise mit einigen führenden Chinesen nach Tientsin und wolle dort mit Bauer zusammentreffen.

Oberst Bauers erster Vertrag mit China.

So kommt es, daß sich Trebijsch-Lincoln, General Wu und sein Sohn, sowie ein Mr. Wong als Dolmetscher

in Tientsin zusammen mit Oberst Bauer treffen. Auch ein Supertuchen, ein hoher chinesischer Staatsbeamter ist mitgekommen. Die Begrüßung zwischen beiden ist herzlich. Sie haben sich mehr als genug zu erzählen. Aber die Zeit eilt, die Erde dreht sich rasch in diesen Jahren. Bauer muß nach Rußland und Trebijsch-Lincoln nach China zurück. Es werden lange und ausführliche Verträge aufgesetzt. Oberst Bauer soll als Berater in wirtschaftlichen Fragen nach China kommen, wie es der Versailles Vertrag zuläßt. Inzwischen kommt in Zürich ein Brief von Lubendorff an. Bauer müsse unbedingt sofort nach München. Nähere Gründe werden nicht angegeben. Bauer aber will nach Rußland. Er schickt mit Fräulein Engeler einen Abfragebrief nach München.

Nach Rußland! Die Reise dorthin ist nicht einfach. Der Oberst darf weder durch Deutschland noch durch die Tschechoslowakei, noch durch Rumänien hindurch. Es bleibt ihm keine andere Möglichkeit, als durch ganz Italien über Brindisi nach Konstantinopel und von dort über das Schwarze Meer, Odeffa nach Moskau zu gehen.

Lenins Sarg wird über den roten Platz getragen.

Er kommt hier in einen Strudel von Ereignissen. Gerade wird der Sarg mit der Leiche Lenins über den roten Platz getragen, unübersehbare Menschenmengen folgen ihm. Bauer erlebt hier, wie er nach Wien schreibt, zum ersten Male die ungeheure Massenbewegung, deren der Osten fähig ist. Er spürt an diesem Tage, als sich Millionen Menschen in einer Stadt zu einer unfassbaren Massentrauer vereinigen, daß das große weltliche Erlebnis, das die Weltgeschichte in Zukunft beeinflussen wird, vom Osten, von Asien her kommen muß.

Als Bauer in das Büro der Volkskommissare kommt und seine Papiere zeigt, begegnet man ihm nicht übermäßig freundlich. In wenigen Wochen, während Lenin im Sterben liegt, hat sich hier eine Welt gedreht. Trotsky ist inzwischen in Südrußland, seine Gegner regieren in Moskau. Auch Bauer ist als trocki-freundlich eine Zeitlang verdächtig. Wie kommt er wieder heil aus Moskau heraus? Mit einem der höchsten, einflussreichsten Sowjetbeamten, der der Tscheta angehört, tobt er in dessen Zimmer so lange herum, bis der andere freibleich und zitternd ihm die Ausreiseerlaubnis in die Hand drückt.

(Fortsetzung folgt.)

Flucht in die Romantik.

Auf der Suche nach der krisenfreien Ruhe.

Der Entschluß des viel zitierten Berliner Arztes Dr. Ritter, der mit seiner Frau Dora aus der üblen Zivilisation der Gegenwart auf die Galapagos-Inseln flüchtete, hat auch zwei Amerikaner nicht ruhen lassen. Sie sind jetzt mit einem kleinen, neun Meter langen Segelschiff aus Kalifornien abgefahren, um sich irgendwo zu Land oder zu Wasser „zur krisenfreien Ruhe zu setzen“.

Da es sich um einen Doktor und einen Filmregisseur aus Hollywood handelt, haben sie selbstverständlich der Presse vor ihrer Abfahrt ein romantisches Interview gegeben. „Wir haben es satt“, erzählten sie, „von nichts anderem mehr zu hören, als von Arbeitslosigkeit, schlechtem Geschäftsgang, Abbau und ähnlichen unerfreulichen Dingen. Man sollte fast glauben, die Leute hätten keinen anderen Gesprächsstoff mehr. Jeder jammert den anderen an, jeder treibt Raubbau an der guten Laune, und dabei weiß niemand einen Ausweg aus der trostlosen Situation.“

Die beiden Filmhelden wollen es anders machen. Sie wollen sich gleichsam durch einen kühnen Willensentschluß aus der Krise ausheilen. Sie wollen fremde Inseln besuchen, unbekannte entdecken und erforschen. Sie wollen wie die Argonauten das goldene Bleß suchen, ganz gleich, wo es zu finden ist. Nach zwölf Monaten wollen sie dann irgendwo in einer zivilisierten Gegend ans Land gehen und sich danach erkundigen, wie weit es die Menschheit gebracht hat. Ob sie vernünftiger geworden ist oder ob sie noch immer in ihrem Krisenelend herumwatscht.

Ein schöner Entschluß und noch dazu ein liebreich egoistischer! Leider fürchten wir, daß er vergeblich ausfallen wird. Denn in einem neun Meter langen Segelschiff über den stillen Ozean? Wenn da nicht nur schon nach 48 Stunden eine Krise anfängt.

Schiffszusammenstoß an der irischen Küste.

Ein finnischer Biermeister gesunken. 11 Mann der Besatzung ertrunken.

Der finnische Biermeister „Melbourne“ ist auf der Höhe des Leuchtturmes Falet an der Küste der irischen Grafschaft Cork mit dem Petroleumtankerschiff „Seminole“ zusammengestoßen und gesunken. 11 Mann der Besatzung, darunter der Kapitän, der erste und der dritte Offizier, ertranken, 15 wurden gerettet. Das Petroleumschiff „Seminole“ ist fast ganz unbeschädigt geblieben.

Die „Melbourne“ gehörte zu einer Flotte von Segelschiffen, die Jahr um Jahr mit einer Getreideladung von Australien nach Falmouth oder Queenstown fahren. Diese alljährlichen Reisen hatten sich mit der Zeit zu einer Art von Schnelligkeitsschiffen zwischen etwa 20 Schiffen entwickelt.

Schon wieder ein Schulbrand in Berlin. Die geheimnisvollen Schulbrände, von denen Berlin seit Tagen heimgeplagt wird, haben sich am Freitag um einen neuen vermehrt, der auf die gleiche Weise gelegt wurde wie alle bisherigen. Wiederum brach das Feuer in einem Klassenraum aus. Es konnte jedoch erstickt werden, bevor es größeren Umfang annahm. Die heimgeplagte Schule ist eine Volksschule in Friedenau.

Voruntersuchung gegen Verleger und Chefredakteur des „Industrie-Courier“. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht III. in Berlin hat nunmehr auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen den Verleger des „Industrie-Courier“, Dr. Ehrlich, und den Chefredakteur, Dr. Spieker, die Voruntersuchung wegen vollendeter und versuchter Erpressung eröffnet. Dr. Ehrlich und Dr. Spieker werden beschuldigt, von Generaldirektor Jeppel, dem früheren Leiter des Depaheim-Konzerns, eine Erpressungssumme in

Höhe von 40 000 Mark erhalten zu haben. Die versuchte Erpressung wird in einem anderen Falle gesehen, in dem Dr. Ehrlich und Dr. Spieker versuchten, eine ähnliche Summe von dem Leiter einer Siedlungsgesellschaft zu erlangen.

Aufregender Kampf mit einem Einbrecher in Berlin D. Zu einem aufregenden Kampf zwischen zwei Beamten einer Einbrecherstreife und einem seit langem gesuchten Einbrecher kam es am Freitagmittag im Osten Berlins. Die Kriminalbeamten wurden von einer nach Hunderten zählenden Menschenmenge, die für den Einbrecher Partei ergriß, schwer mißhandelt. Mit Hilfe von Schupo konnte erst wieder die Ruhe hergestellt und der festgenommene zum Präsidium gebracht werden.

Unwetterkatastrophe im Kreise Rimpfisch. Aus Breslau wird gemeldet: Im Kreise Rimpfisch ging ein Unwetter nieder, das auf weiten Strecken binnen kurzem die gesamte Ernte restlos vernichtete. Im Niederkreise fiel eine Viertelstunde lang Hagel in Taubeneiergröße. Das Gebiet zeigt ein Bild der Verwüstung. Die Telephondrähte sind zum Teil zerissen. In Grünhartzau ist auf der einen Straßenseite kaum ein Fenster ganz geblieben. Die Eisförmner lagen bis zu 15 Zentimeter.

Schöne weiße Zähne

Schon nach einmaligem Nutzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden „Chlorodont-Zahnpaste“, schreibt uns ein Käufer: Tube 50 Pf. und 80 Pf.

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten und „Das Unterhaltungsblatt“.

Verantwortlich für Inhalt und Bandel: H. Ertlich; für Unterhaltung, Stadtnachrichten und den Abteil Schriftstell: G. Günther; für die Anzeigen und Reklamen: J. D. O. Kaiser, sämtlich in Wiesbaden. Druck und Verlag der E. Schellenberg'schen Verlagsdruckerei in Wiesbaden.

Es wäre sinnlos

58

nikotinarme Zigaretten zu kaufen, die fad schmecken, denn Rauchen soll ein Genuß sein. **Sanct Georg** ist aber natürlich nikotinarm und doch sehr würzig und aromatisch. Sie schmeckt so vorzüglich, daß es sich empfiehlt, sie ohne Gold-Mundstück zu wählen.



Sanct Georg
NIKOTINARM

Ein Planet in der Arise.

Auf der ganzen Erde herrscht Arbeitslosigkeit. — Die Eskimos in den Polarländern spüren die Krise. — Die Beduinen in der Wüste und die Neger in ihren afrikanischen Dörfern verdienen weniger. — Mangel unter Gold- und Diamantengravern. — Die Perlenfischer in Not.

Unser Heimatplanet, die Erde, hat noch nie während seiner unermüdlichen Wanderungen um die Sonne eine solche Wirtschaftsnot gesehen wie in der jetzigen Zeit. Der Mensch bevölkert die Erde seit ungefähr 1 Million Jahre. In den ersten Zeiten bestanden die Wirtschaftskämpfe darin, daß sich die Nachbarn gegenseitig die Jagdbeute abspenstisch machten. Seit die Menschheit zivilisiert ist, sind schon viele Krisenjahre über sie hereingebrochen, aber noch niemals Räte von solcher Ausdehnung wie jetzt. Die früheren Krisen haben nur einige Völker betroffen, da der internationale Verkehr noch sehr darniederlag und die Weltwirtschaft noch nicht so eng mit den einzelnen Völkern verknüpft war, wie heute. Gar die wilden Stämme in Afrika oder die Bewohner der Urwälder und der Eiswüsten in den Polarregionen hatten mit den Wirtschaftskrisen der europäischen und amerikanischen Völker nicht das geringste zu schaffen. Sie hatten zu ihnen keine Handelsbeziehungen, ja, sie konnten sie nicht einmal, und es war ein ungeheurer Abenteuer, wenn ein Mann aus der Zivilisation bis zu ihnen vordrang. Heute ist aber die Wirtschaft auf der ganzen Erde fast ein einheitliches Ge-

webe. Wenn in Deutschland die Fäden reißen, dann merken es sofort die anderen zivilisierten Völker, und kurze Zeit später fühlen es auch sogar die unzivilisierten und wilden Völker. Auch sie sind in das große Wirtschaftsleben eingeordnet. Wenn sie auch nicht von der Konjunktur in dem Maße abhängen, wie die Bewohner der großen Wirtschaftsländer, so sind sie aber doch heute bereits in dem Maße auf das allgemeine Wirtschaftsleben eingerichtet, daß sie auch die allgemeine Not zu spüren bekommen. In den Urwäldern Südamerikas, wo das Rohmaterial für die Aluminiumbereitung gewonnen wird, ist in dem letzten Jahr große Arbeitslosigkeit eingetreten. Es gibt sogar bereits ein einigen Arbeitsstellen Schilber mit der Ankündigung, daß Arbeiter hier nicht eingestellt werden. Desperados aller Länder finden sich hier zusammen und hoffen, hier Arbeit zu erlangen. Obwohl ungeheure Mühsale und Schwierigkeiten ihrer warten, sind sie zur Tätigkeit bereit. Aber auch das Geschäft mit den Rohstoffen für Aluminium ist sehr stark zurückgegangen, so daß die Anzahl der Arbeiter eingeschränkt werden mußte. Die Eskimos, die in den Polarländern wohnen, bringen ihre Felle zu den Handelsstätten der Pelzhändler, die bis hoch in den Norden vorgedrungen sind. Aber auch die Eskimos fühlen die Wirtschaftskrise, denn sie erhalten für ihre Pelze und anderen Waren nicht mehr den Gegenwert in Wirtschaftsartikeln wie früher. Die Preise für die Pelze, Elfenbein und anderes sind gesunken und die Händler können nicht mehr so viel dafür bezahlen. Auch die Neger in ihren afrikanischen Dörfern stehen mit der Zivilisation und Welt-

wirtschaft in Verbindung. Sie arbeiten sehr viel für Rechnung arabischer oder englischer Unternehmer, die auch nicht mehr so viel Ware absetzen können wie früher, denn die afrikanischen Landesprodukte sind entweder im Überfluß da oder die Preise dafür sind gesunken. Die weißen oder arabischen Händler, die nach den Negerdörfern ziehen, um hier entweder europäische Waren zu verkaufen oder Güter des Landes zu erhandeln, klagen darüber, daß ihre Geschäfte um 50 Prozent schlechter geworden sind. Die Händler führen nach Afrika Kleider, Ringe, Gebrauchsgegenstände, Stiefel, Messer, Musikapparate und Feuerwaffen aus. Früher haben sie in kurzer Zeit ihr Lager ausverkauft gehabt. Jetzt bringen sie es zur Hälfte wieder zurück. Ähnlich ergeht es den Händlern, die mit den Wüstenbewohnern Geschäfte machen. Die Diamantengraver in Südafrika klagen darüber, daß sie arbeitslos sind, denn es dürfen nicht mehr als bestimmte Mengen Diamanten geschürft werden, und die Goldgräber, die allein den augenblicklichen wahren Gehalt der Welt aus der Erde oder den Flüssen fördern, sind die einzigen, die zwar über Arbeitslosigkeit nicht klagen können, aber über geringen Verdienst. Die Perlenfischer in den indischen und arabischen Gewässern merken auch, daß die Welt verarmt ist, denn die Händler zahlen auch für schöne Exemplare nur noch Bruchteile der Summen, die sie noch vor zwei Jahren dafür aufwandten. Sicherlich erhalten sie in Europa oder Amerika für herrliche Stücke die gleichen Preise wie früher. Aber es gibt nicht mehr so viel reiche Leute, die solche Stücke kaufen. Sie liegen darum lange und bringen Zinsverluste.

Gegen Sodbrennen-Magenbeschwerden



Bullrich-Salz

100 grm
nur 0,25
Tabletten
nur 0,20



Heute im Spielplan:

Das beste deutsche Militär-Lustspiel
3 Tage Militärarrest
Regie: Carl Boese
In den Hauptrollen:

Fritz Schulz, Felix Bressart, Lucie Englisch

Ida Wüst, Gretel Theimer,
Vicky Werkmeister, Paul Otto,
Fred Döderlein,
Hugo Fischer-Köppe

Tränen sind gelacht worden
Tränen werden wieder gelacht

Der zweite Film im Programm:

Liane Haid singt

Adieu mein kleiner Gardeoffizier
in „Das Lied ist aus“

In weiteren Hauptrollen:

Willy Forst, Ernst Verebes, Otto Wallburg

Einer der schönsten Filme des Jahres,
der immer wieder im Spielplan
aufgenommen wird

Beginn: Wo. 4, 6.15, 8.30, So. 3, 5, 7, 9 Uhr
Wo. bis 5 Uhr alle Plätze 60 Pf., Erwerbslose 30 Pf.

FILM-PALAST



Köln-Düsseldorfer

Billige Tageskarten.

Hattenheim und zurück RM. 1.70
Rüdesheim „ „ 1.60
Abmannshausen „ „ 2.—
Bacharach „ „ 2.80

Tägl. 18.50 Uhr Abendfahrten

nach Bingen und zurück RM. 1.70
Samstag und Sonntag mit Musik.
Billiges Abendessen (kein Zwang).

2 Tage nach Königswinter

Montags und Donnerstags 8.35 Uhr F445
Dampferfahrt hin und zurück, mit
Uebernachtung, Frühstück, 2 Mittag-
und 2 Abendessen RM. 18.50

Fernruf 26440

Füllhalter, die
reparaturbedürftig,
werden abgeholt.

Koch am Eck
126

10/50 Steiger-Sportwagen

in guter Verfassung,
120 km Stundenleistung,
diesel, rote Lackierung,
zu verkaufen.
Interessenten bitte unter
Nr. 478 an Taubl-Verlag.

Alte Kolonnade

Laden mit Zubehör zum 1. Oktober
bzw. 1. November 1932 zu vermieten.
Näh. Städt. Kurverwaltung, Buchhalterei.



ein heißer sommer
sonnentage am strand
und auf dem wasser
herrlich braune haut

- und doppelte freude
durch einen badeanzug aus reiner
wolle und von tadellosem sitz!

schaefer 1932:

deutsches erzeugnis damen 3.45
gute, reine wolle
moderner rücken-aus- herren 2.45
schnitt, alle farben

und dann die entzückenden modelle wie wir
sie zur aufführung des „weißen röss“ lieferten
schon von rm. 6.50 an

alleinverkauf der original-

**Jointan-
badeanzüge
jetzt rm. 12.50**



wassersport

schaefer

sport- und modehaus webergasse 11, wilhelmstr. 50

2433

Im Restaurant des Taunus-Hotels

Künstler-Kapelle

Samstag und Sonntag: REUNION - TANZ

Sehr preiswerte Bedienung aus Küche und Keller.

Erholung

**Kräftigung
Spielgelegenheiten**
finden Sie im

Luft-u. Sonnenbad
Unter den Eichen

Ruheparks, Familienpark, Spielparks

Duschen, Kneippkuren, Massagen

Angenehmer Ferienaufenthalt
Eintritt 30 Pf., Jugendliche 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Ferienkarten

gültig ab 9. Juli bis einschl. 14. August RM. 4.—,
Schüler RM. 3.—, Nebenkarten hierzu (für Ge-
schwister) RM. 2.—, Familien (einschl. Kinder
unter 14 Jahren) RM. 6.—, Nebenkarte hier-
zu (für Haushaltsangehörige) RM. 2.50 F682

Geöffnet ab 6 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit

Zur Straßenmühle

Samstag und Sonntag: Metzelsuppe

Alle Schlachtspezialitäten zu bekannt billigen Preisen

Jeden Mittwoch: Haspelesse

Es ladet ein **Heinrich Klein u. Frau.**

Zurückgekehrt.

Sanitätsrat

Dr. Lande



**Die Hunde-Scher-
Waschanstalt**

den ganzen Tag geöffnet

K. L. von Paris

Hirschgraben 4.

**Waffhaus J. Schuppen &
Wiesbaden-Biebrich.**

Zur Gießer-Str. 1

Samstag
u. Sonntag: Schlachtfest.

Es ladet freundl. ein

A. Götz.

Über das Vermögen der offenen Handelsgesell-
schaft in Firma Conrad Rulpius (Textilgeschäft) in
Wiesbaden, Marktstraße 30, ist am 28. Juni 1932,
10.20 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung
des Konkurses eröffnet worden. Richter: Georg
Sternberger in Wiesbaden, Luisenplatz 8, ist zur
Vertrauensperson ernannt. Termin zur Verhand-
lung über den Vergleichsvorschlag ist auf Mittwoch,
den 20. Juli 1932, 9.45 Uhr, vor dem unterzeichneten
Gericht, Marktstraße 15, 3. Zimmer Nr. 208/9, anbe-
raumt. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens
nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der weiteren
Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht
der Beteiligten niedergelegt. F624

Die Geschäftsstelle des
Amtsgerichts Wiesbaden, Abt. 6b, am 28. Juni 1932.

Frankfurt a. M. Pferde-Märkte
4. Juli, 15. August,
3. Oktober, 5. Dezember 1932.
Durchschnittl. Auftrieb 700 Pferde
aller Rassen, auch Schlachtpferde.
Größte Auswahl u. beste Gelegenheit für
Kauf oder Tausch. Ein Besuch dieser
Märkte ist zu empfehlen. Der Handel
Sonntags verboten. F271

Reste-Verkauf

Die vorteilhafte Gelegen-
heit für den Hausbesitzer

Tapetenhaus DIEZ

Luisenplatz 4

Möbiliar-Versteigerung.

Montag, den 4. Juli, vorm. 9½ Uhr beginnend
versteigere ich zufolge Auftrags in der Villa
4 Abeggstraße 4

folgendes gut erhaltenes Möbiliar als:

1 sehr schöne antike Biedermeier-Garnitur:
Sofa und 6 Stühle (Kirschbaum und Birke
mit Bronze), 1 Biedermeier-Kirschbaum-Sofa-
schrank, 1 gutes Schlafzimmer, Eiche mit
Intarsien: 2 Betten m. Koffhaarmatratzen,
2 Tür. Spiegelschrank, Waschtisch und 2 Nach-
tische mit Marmor und 2 Stühle.

10 Kuch., Mahag. und Metall-Betten mit
Haarmatratzen, ein- und zweitür. Spiegel-
und Kleiderschränke, Waschkommoden mit
Marmor, Nachttische, Konsolschränke, Kleider-
und Handtuchständer, Chaiselongues, Vertigos,
Tische, Stühle, Sessel, Kleinsmöbel, Spiegel,
Bilder, elektr. Lampen, Waschküchle, Toilet-
Einiger, Teppiche, Daunens-Plumcaus, Kopfkissen,
Bettdecken, Gartenmöbel, ein Plumentisch,
Einmachgläser und sonst. Hausgeräte
freiwillig meistbietend gegen Barzahlung.
Besichtigung am Versteigerungstage.

Wilhelm Helfrich

beidseitig öffentlich angelegter Auktionator

beidseitig Taxator

Schwalbacher Straße 23 Telefon 22941

Altehes, reell u. fachmännisch geleit. Unternehmen.

Apothekendienst in Wiesbaden

vom 2. bis 8. Juli 1932.

Sonn- und Feiertagsdienst und gleichzeitig Nacht-
dienst von abends 7 Uhr bis morgens 8 Uhr, sowie
Mittagsdienst von 1½—2½ Uhr. Der Nachtdienst
beginnt Samstags oder am Vortage des gesetzlichen
Feiertags. In der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr
morgens wird ein gesetzlicher Zuschlag von 1 Mark
für jede Zuzugnahme erhoben.

Adler-Apotheke, Rikolasstr. 40. Fernsprecher 27412.

Bahnhof-Apotheke, Rikolasstr. 21. Fernspr. 20100.

Bismarck-Apotheke, Bismarckring 29. Fernspr. 26577.

Taunus-Apotheke, Taunusstraße 20. Fernspr. 26306.

Goten-Apotheke, Waldstraße 43. Fernsprecher 22450.

Apothekendienst in W. Biebrich.

Sonntag, den 3. Juli 1932.

Köln-Apotheke, Str. der Republik 18. Fernspr. 61495.